

# DIE HÄRTEFALLKOMMISSIONEN DER BUNDESLÄNDER

STAND ZAHLENSTATISTIKEN: 31.12.2014 - STAND HFK-INFORMATIONEN DEZEMBER 2015

Zusammengestellt von Andreas Schwantner - Amnesty International - Fachkommission Asyl

(HINWEISE UND AKTUALISIERUNGEN bitte an: [swantner-ai@t-online.de](mailto:swantner-ai@t-online.de))

Fundquellen u.a.: Info-Verbund Asyl ([www.asyl.net](http://www.asyl.net)); Pro Asyl; Homepage der Flüchtlingsräte; von Loeper-Verlag, u.a.  
(z.B. [http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/HFK\\_Laenderuebersicht.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/HFK_Laenderuebersicht.pdf);  
<http://www.vonloeper.de/aufenthaltsgesetz/laender/hessen.html>)

## INHALTSVERZEICHNIS:

- ① Seite 2:                    Vorspann
- ② Seite 3:                    Die Härtefallkommissionen [HFK] der Bundesländer - Gesetze, Verordnungen, Fundstellen
- ③ Seite 4 - 11:              Regelungen der einzelnen HFK  
    Die auf Seite 04-11 dargestellte Synopse enthält folgende vergleichende Kriterien:
  - 01. Personelle Zusammensetzung der Kommission
  - 02. Benennung der Mitglieder
  - 03. Voraussetzungen an die Eignung / Kenntnisse der Mitglieder
  - 04. Formalien der Befassung mit einem Fall als Härtefall / Eingabemöglichkeiten
  - 05. [Regel-]Ausschlussgründe zur Befassung oder Annahme als Härtefall
  - 06. Geschäftsstelle / Vorprüfungsausschuss
  - 07. Aussetzung der Abschiebung während des Verfahrens
  - 08. Notwendige Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmung
  - 09. Möglichkeit der Anfechtung
  - 10. Anordnungsbefugnis
  - 11. Angaben und Hinweise (Fundstellen) zu Tätigkeitsberichten (TB); Befristung; Sonstiges
- ④ Seite 12 -13:              Tätigkeitsberichte (TB) der einzelnen HFK - Überblick Statistiken bis 31.12.2014
- ⑤ Seite 14 - 16:              Differenzierte Statistiken bis 31.12.2014
  - 1. Fälle in %; nach Bundesländer
  - 2a. nach Anzahl der Ersuchen im Verhältnis zu beratenen Fällen
  - 2b. nach Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen
  - 3. Gesamtstatistik - in % Fälle gegenüber Personen
- ⑥ Seite 17:                    Gesamtzahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse im Vergleich
- ⑦ Seite 18:                    Hauptherkunftsländer und ihre Verteilung auf die ersten meistbetroffenen Bundesländer
- ⑧ Seite 19 - 25:              Graphiken zu den Tabellen S.12-17

## ① Vorspann

Die aktualisierte vergleichende Gegenüberstellung der Härtefallkommissionen (HFK) der einzelnen Bundesländer berücksichtigt Änderungen bei den Kommissionen bzw. in deren Geschäftsordnungen etc. bis Dezember 2015 sowie die fortgeschriebene Statistiken der Tätigkeitsberichte bzw. ähnlicher Informationen bis 31.12.2014, soweit erhältlich.

### STATISTIK DER TÄTIGKEITSBERICHTE:

Grundlage hierfür bilden die über Internet abrufbaren Tätigkeitsberichte bzw. direkt von den Geschäftsstellen der Kommissionen erhaltenen Angaben.

Nicht erhältlich sind Zahlen über Eingänge, Beratungen, Ersuchen und Stattgaben der HFK Nordrhein-Westfalen ab 2012. Ebenso nicht vorliegend z. Ztp. der Erstellung dieser Synopse waren die Zahlen bzgl. Hamburg (2013, 2014) sowie Schleswig-Holstein (2014).

Die Kumulation der Jahre 2005 - 2014 ermöglicht eine statistisch repräsentative Auswertung der Entwicklung von Anerkennungsquoten bzw. Stattgaben durch die Innenbehörden. Jedoch ermöglicht diese Darstellung grundsätzlich nur eingeschränkt eine vergleichende Auswertung, da die Tätigkeitsberichte und Mitteilungen der HFK selbst nicht homogen in Art und Umfang der gelieferten Angaben sind. Diese Einschränkung wird ab 2012 verstärkt insbesondere durch die fehlenden Angaben des Landes NRW, eines der Bundesländer mit der höchsten Zahl an Härtefalleingaben.

### ANALYSEN DER STATISTIKEN

Ab S.12 finden sich Analysen der statistischen Zahlen im Vergleich der Bundesländer untereinander.

Insbesondere in den Jahren 2013 und 2014 ist ein steigender Trend der Eingaben zu beobachten. NRW, Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern verzeichnen nach wie vor die höchsten Eingabequoten (s.S.12,13). Eingabequoten unter 100 für den Zeitraum 2005-2014 weist noch immer Bremen auf.

Einige Bundesländer weisen darauf hin, dass die Neuregelung für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht gut integrierter Jugendlicher zu einer Reduzierung der Eingaben geführt habe. Teilweise wird jedoch aufgrund steigender Asylbewerberzahlen auch wieder ein künftiger Anstieg der Eingaben erwartet. Einige Bundesländer wie z.B. Baden-Württemberg mahnen deshalb u.a. erhöhte Ermessensspielräume für die Ausländerbehörden zugunsten der um ein Bleiberecht nachsuchenden Zuwanderer an.

Differenzen zwischen Eingaben und Beratungen sind wiederum u.a. darin begründet, dass z.B. Aufenthaltstitel nach anderen Vorschriften erteilt werden konnten oder Eingaben zurückgezogen wurden.

Höchste Quoten an positiven Härtefallersuchen, bezogen auf die beratenen Fälle, verzeichnen nach wie vor Bremen

Berlin, Bayern, Sachsen und Saarland.

Hinsichtlich Stattgaben seitens der Innenbehörden verzeichnen unverändert Berlin, dann gefolgt von Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen die niedrigsten Quoten unter Bundesdurchschnitt (s.S.15).

Die Innenbehörden der Länder Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz gaben den Ersuchen unverändert durchgängig zu 100 % statt. Die momentan hohe Stattgabenquote der HFK Hessen ist nicht aussagekräftig, da dort derzeit noch eine Vielzahl von Ersuchen zur Entscheidung des Innenministeriums ausstehen.

### AUFENTHALTSERLAUBNIS (AE) § 23a AUFENTHG GESAMT

Die Auswertung der Angaben zu Personen, inwieweit diese eine Aufenthaltserlaubnis (AE) nach § 23a AufenthG bis Ende 2014 erhalten haben; wurde nicht mehr aktualisiert, da insbesondere aufgrund der nicht bekannten Zahlen aus NRW für nunmehr insgesamt 3 Jahre eine zuverlässige Hochrechnung nicht mehr möglich ist. Die Bundesregierung veröffentlichte für den Stichtag 31.12.2014 die Zahl von 6.026 Personen mit AE nach § 23a AufenthG (Drucksache 18/3987 vom 10.02.2015).

### ENTSCHEIDUNGSKRITERIEN:

Die meisten Bundesländer haben offiziell weder einen "Punktecatalog" noch eine "Checkliste", nach welchen sich die geforderte persönliche Härte feststellen ließe. Einige Tätigkeitsberichte führen Beispielsfälle für Erteilung oder Versagung an. NRW hat „Entscheidungsgrundsätze“ umschrieben, in denen etwa Integrationsleistungen besondere Aufmerksamkeit zukommt. Gesundheitliche Beeinträchtigungen führten nur in „extremen Sondersituationen“ zur Berücksichtigung. Schleswig-Holstein hat „Verfahrensgrundsätze“ entwickelt, die auch einige Kriterien für das Vorliegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe enthalten (z.B. "Geschlecht"; "schwerste gesundheitliche Problematiken, die im Herkunftsland nicht adäquat behandelt werden können"; "Kindeswohl"; "Trennung von engen Verwandten"). Sachsen spricht von "Stand der sprachlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Integration" als Indikator. Niedersachsen hebt u.a. "Deutschkenntnisse, dauerhafte Teilhabe am Arbeitsleben, gesellschaftliche Teilhabe, Kontakte über eigene Ethnie hinaus" hervor und umschreibt im Tätigkeitsbericht 2011 die "besondere Härte" wie folgt: *"Die Betroffenen müssen sich in Deutschland eine Lebenssituation geschaffen haben, die eine Ausreise aus Deutschland unzumutbar erscheinen lässt."* Grundsätzlich stehen alle HFK auf dem Standpunkt, dass bei der Beurteilung der Härtefallanliegen keine schematischen Kriterien oder Bewertungskataloge zur Anwendung kommen können, da diese den unterschiedlichen Lebenssachverhalten nicht gerecht werden.

## LEBENSUNTERHALT

Durchgängig spielt der gesicherte Lebensunterhalt eine sehr große Rolle, welcher bei Fehlen oft zur Versagung einer AE nach § 23a AufenthG führt, oder aber zur Erteilung einer AE unter Auflage, den Lebensunterhalt nach einer gewissen Zeit nachweisen zu können. Rheinland-Pfalz hat als bisher einziges Bundesland einen "Härtefall-Fonds" eingerichtet, die vollständige Sicherung des Lebensunterhaltes bei erstmaliger Erteilung ist hier nicht erforderlich. Bei humanitären Härtefällen, in denen eine Beschäftigung aus Krankheitsgründen unmöglich / unzumutbar ist, oder bei Familien/Alleinerziehenden mit Kleinkindern, sind oft Ausnahmeregelungen möglich. Zudem ist die Absicherung des Lebensunterhalts durch eine Verpflichtungserklärung denkbar.

### EINGABEN AUS DER SOG. "ILLEGALITÄT" HERAUS

Die Möglichkeit, aus der sogenannten "Illegalität" heraus Eingaben an eine HFK machen zu können, sind insoweit beschränkt, als dass alle HFK zur Auflage haben, dass eine Ausländerbehörde (ABH) zuständig sein muss. Eine solche kann aber nur dann zuständig sein, wenn ihr die betreffende Person auch bekannt ist.

Auch ein "Untertauchen" verhindert aus diesem Grund grundsätzlich den Gang zur Härtefallkommission; Kirchenasyl wird hierbei dann nicht als Untertauchen bewertet, wenn der Behörde der dortige Aufenthalt bekannt ist.

### DUBLIN-FÄLLE

Personen, welche sich im Dublin-Verfahren befinden; d.h. noch keine Asylentscheidung in einem anderen EU-Land erhalten haben und von Rücküberstellung bedroht sind, können sich grundsätzlich nicht an eine HFK wenden. Für diese Personen ist keine ABH zuständig, sondern ausschließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Anders verhält es sich bei Personen, welche bereits in einem anderen EU-Land einen Schutzstatus erhalten haben (sog. "Dublin-Anerkannte").

Hier ist die Handhabung in den einzelnen Kommissionen unterschiedlich. Soweit das BAMF bereits eine Abschiebungsanordnung erlassen hat, sehen die meisten Kommissionen keine Möglichkeit der Befassung, da hier wiederum alleine das BAMF zuständig ist. Soweit das BAMF jedoch erst nur eine Abschiebungsandrohung erlassen hat, ist in manchen Kommissionen eine Befassung möglich, da hier noch die Zuständigkeit einer ABH gesehen wird. Problematisch ist jedoch in diesen Fällen der normalerweise sehr kurze Aufenthalt und die damit einhergehenden fehlenden Integrationsleistungen.

### "SICHERE" HERKUNFTSLÄNDER

Eingaben sind grundsätzlich auch für Personen aus sog. "sicheren" Herkunftsländern möglich. Jedoch ist auch hier zu beachten, dass eine kurze Aufenthaltsdauer und damit häufig einhergehende geringe Integrationserfolge die Chance, eine AE gem. § 23 a AufenthG zu erhalten, erheblich verringern.

## ② DIE HFK DER BUNDESLÄNDER - GESETZE; VERORDNUNGEN (VO): GESCHÄFTSORDNUNGEN (GO); FUNDSTELLEN

|                            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|----------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. Baden-Württemberg      | HFKomVO 28.06.2005 (GBL Bad-W Nr.10, S. 455); geändert 18.08.09 (GBL S. 453); geändert 17.04.12 (GBL S. 212)<br>→ <a href="http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Fluechtlingspolitik/Haertefallkommission">http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Fluechtlingspolitik/Haertefallkommission</a>                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 02. Bayern                 | HFKomVO 08.08.2006 (GVBl. Bayern Nr.15, S. 436); geändert 20.11.2007, 30.08.2014 (GVBl S. 286)<br>→ <a href="http://www.innenministerium.bayern.de/suk/asylmigration/aufenthaltsrecht/haertefallkommission/index.php">http://www.innenministerium.bayern.de/suk/asylmigration/aufenthaltsrecht/haertefallkommission/index.php</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 03. Berlin                 | HFKV vom 03.01.2005 (GVBl. Berlin Nr.2, S. 11 f.)<br>Land Berlin → <a href="https://www.berlin.de/sen/inneres/buerger-und-staat/auslaenderrecht/haertefallkommission/artikel.25538.php">https://www.berlin.de/sen/inneres/buerger-und-staat/auslaenderrecht/haertefallkommission/artikel.25538.php</a><br>→ <a href="http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/HaertefallVO_Berlin_261004.pdf">http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/HaertefallVO_Berlin_261004.pdf</a>                                                                                                                     |
| 04. Brandenburg            | HFKV vom 17.01.2005 (GVbl. BBurg II, S.46); geändert 20.09.06; 23.09.09; 26.03.2013<br>Land Brandenburg → <a href="http://www.mik.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.156848.de">http://www.mik.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.156848.de</a><br>FRat Brandenburg → <a href="http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2009/10/leitfaden-hfk-internet.pdf">http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2009/10/leitfaden-hfk-internet.pdf</a>                                                                                                                             |
| 05. Bremen                 | HFKV vom 12.12.2005 (GBL Bremen Nr.56; S.605), geändert 13.12.07; geändert 12.06.12 -- GO vom 10.05.2006<br>→ <a href="http://www.inneres.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen52.c.2462.de">http://www.inneres.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen52.c.2462.de</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 06. Hamburg                | HFK-Gesetz vom 04.05.2005 (HmbGVBl. 2005, S.190); geändert 25.05.09, 15.07.2015<br>→ <a href="https://www.hamburgische-buergerschaft.de/haertefallkommission/">https://www.hamburgische-buergerschaft.de/haertefallkommission/</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| 07. Hessen                 | HFK-Gesetz vom 22.02.2005; geändert 30.09.08; 14.12.2009 (GVBl. I S. 642); 29.11.2014 -- GO vom 21.08.08 / 29.01.2010<br>→ <a href="http://innen.hessen.de/buerger-staat/haertefallkommission">http://innen.hessen.de/buerger-staat/haertefallkommission</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 08. Mecklenburg-Vorpommern | HFKLVO M-V HFKLVO M-V vom 25.02.2005 (GVOBl. M-V S. 84); geändert 30.11.2009 (GVOBl. M-V S. 679) --- GO 11.03.2005<br>→ <a href="http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Asyl%E2%80%93und-Fl%C3%BChtlinge/H%C3%A4rtefallkommission">http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Asyl%E2%80%93und-Fl%C3%BChtlinge/H%C3%A4rtefallkommission</a><br>FL-Rat MV → <a href="http://www.fluechtlingsrat-mv.de/aktuelles/haertefallkommission/">http://www.fluechtlingsrat-mv.de/aktuelles/haertefallkommission/</a>                                                                                                    |
| 09. Niedersachsen          | NHärteKVO 06.08.2006 (Nds. GVBl. Nr.21, S.426); geändert 10.09.08; 09.12.09; 03.07.12; 02.09.13<br>Land Nds. → <a href="http://www.mi.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=14974&amp;article_id=63033&amp;psmand=33">http://www.mi.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=14974&amp;article_id=63033&amp;psmand=33</a><br>FL-Rat Nds. → <a href="http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2009/02/arbeitshilfe-far-eingaben-an-nds-haertefallkommission-marz-2009.pdf">http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2009/02/arbeitshilfe-far-eingaben-an-nds-haertefallkommission-marz-2009.pdf</a> |
| 10. Nordrhein-Westfalen    | HFKVO vom 14.12.2004 - geändert zuletzt 25.11.2014<br>Land NRW → <a href="http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/auslaenderfragen/haertefallkommission.html">http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/auslaenderfragen/haertefallkommission.html</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 11. Rheinland-Pfalz        | HFKVO vom 18.03.2005; geändert 05.04.2011 (GVBl. 20.04.2011, S. 95); 29.06.2015 (GVBl. 09.07.2015, S. 124) - GO 14.06.05<br>Land RLP → <a href="https://mifkjf.rlp.de/de/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/haertefallkommission-des-landes-rheinland-pfalz/">https://mifkjf.rlp.de/de/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/haertefallkommission-des-landes-rheinland-pfalz/</a> AK ASYL RLP → <a href="http://wp.asyl-rlp.org/?page_id=885">http://wp.asyl-rlp.org/?page_id=885</a>                                                                        |
| 12. Saarland               | HKV vom 14.12.2004 (AmtsBl. 23.12.04, S.2659) -- GO 18.03.05<br>Land Saarland → <a href="http://www.haertefallkommission.saarland.de">www.haertefallkommission.saarland.de</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
| 13. Sachsen                | SächsHFKVO vom 11.07.2005; geändert 11.12.09; geändert 06.07.2010 -- GO vom 15.09.05, geändert 10.12.10<br>Land Sachsen → <a href="http://www.smi.sachsen.de/17820.htm">http://www.smi.sachsen.de/17820.htm</a>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| 14. Sachsen-Anhalt         | HFK-VO vom 09.03.2005; geändert 21.04.09<br>Land Sachsen-Anhalt → <a href="http://www.mi.sachsen-anhalt.de/das-ministerium/einbuengerungsportal/haertefallkommission/">http://www.mi.sachsen-anhalt.de/das-ministerium/einbuengerungsportal/haertefallkommission/</a><br>FL-Rat SA → <a href="http://www.fluechtlingsrat-lsa.de/2013/04/fluechtlingsrat-mitglied-der-haertefallkommission/">http://www.fluechtlingsrat-lsa.de/2013/04/fluechtlingsrat-mitglied-der-haertefallkommission/</a>                                                                                                                            |
| 15. Schleswig-Holstein     | HFK-VO vom 11.01.2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 9) -- Verfahrensgrundsätze 09.10.07, Änderung 05.10.2010; Juni 2013<br>Land Schleswig-Holstein → <a href="http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/H/haertefallkommission/haertefallkommission.html">http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/H/haertefallkommission/haertefallkommission.html</a><br>F-Rat SH → <a href="http://www.frsh.de/service/behoerden-recht/haertefallkommission/">http://www.frsh.de/service/behoerden-recht/haertefallkommission/</a>                                                                                                |
| 16. Thüringen              | HFK-VO vom 05.01.2005 (GVBl. 2005, Nr.1, S.1); geändert 23.05.2014 - GO 18.02.05<br>Land Thüringen → <a href="http://www.thueringen.de/th4/tmmjv/integration/haertefallkommission/">http://www.thueringen.de/th4/tmmjv/integration/haertefallkommission/</a><br>F-Rat Thüringen → <a href="http://fluechtlingsrat-thr.de/arbeitshilfen/h%C3%A4rtefallkommission">http://fluechtlingsrat-thr.de/arbeitshilfen/h%C3%A4rtefallkommission</a>                                                                                                                                                                               |

| ③   | <u>1. BADEN - W Ü R T T E M B E R G</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <u>2. B A Y E R N</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertreter Integrationsministerium - Vorsitzender (1)</li> <li>- Vertreter Innenministerium - stellvertretender Vorsitzender (1)</li> <li>- Landkreistag (1)</li> <li>- Städtetag (1)</li> </ul> <p style="text-align: right;">STAAT: 4</p> <hr/> <ul style="list-style-type: none"> <li>- zwei ‚Persönlichkeit des Landes‘ auf Vorschlag Innenministerium (2)</li> <li>- Liga der freien Wohlfahrtspflege (1)</li> <li>- eine Persönlichkeit islamischen Glaubens durch Integrationsministerium (1)</li> <li>- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (1)</li> <li>- evangelische Landeskirche; katholische Kirche (je 1 = 2)</li> </ul> <p style="text-align: right;">NGO: 7</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertreter des Staatsministeriums (1 = vorbehaltlich § 9 HFKomV NICHT stimmberechtigt)</li> <li>- kommunale Spitzenverbände (4 - je 1x Gemeinde-, Städte-, Landkreistag + bayrischer Bezirktetag)</li> </ul> <p style="text-align: right;">STAAT: 4</p> <hr/> <ul style="list-style-type: none"> <li>- evangelisch-lutherische Landeskirche (1)</li> <li>- katholische Kirche (1)</li> <li>- Liga der Wohlfahrtsverbände (3 - je 1x Caritas; - Diakonie + Paritätischer Wohlfahrtsverband)</li> <li>- an den Sitzungen können Mitarbeiter der GS teilnehmen</li> </ul> <p style="text-align: right;">NGO: 5</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 02. | durch die entsendenden Institutionen - "Persönlichkeiten des Landes" durch Innen- bzw. Integrationsministerium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | auf Vorschlag der jeweiligen Organisationen - Ernennung durch Innenminister                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 03. | VO ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | VO ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 04. | § 4 (1) - Eingaben an die HFK in schriftlicher Form bei der GS; auch durch Ausländer o. dessen Vertreter ! s. auch Reader/Ratgeber unter Internet-Hinweis <a href="http://www.ekiba.de">www.ekiba.de</a> ; Nr.11                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | § 3 HFKomV: durch Vorschlag des Eingabeausschusses, Beschluss der HFK oder Antrag von 5 Mitgliedern der HFK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 05. | <u>§ 4 (2) HFKVO "zwingend" (Nr.1-9) + § 6 HFKVO "Regelausschlussgründe" (Nr.10-13)</u><br>1. Eingabe nicht zwecks Erteilung/Verlängerung einer AE; -- 2. nicht vollziehbar ausreisepflichtig -- 3. behördliches / gerichtliches Verfahren zwecks Feststellung Ausreisepflicht o. Erteilung der AE läuft -- 4. nicht in BRD aufhaltend; o. Aufenthalt ist nicht bekannt -- 5. keine ABH des Landes zuständig -- 6. keine wesentliche Änderung der Sach- o. Rechtslage -- 7. in gleicher Sache Petitionsverfahren anhängig -- 8. gem. § 50 (6) AufenthG zur Aufenthaltsermittlung o. Festnahme ausgeschrieben -- 9. Ausweisung §§ 53, 54 Nr.5, 5a, 7; § 55 (2) Nr.8 AufenthG / vollziehbare Abschiebungsanordnung gem § 58a AufenthG -- 10. Ausweisungsgrund nach §§ 53, 54 oder 55 (2) Nr. 8 AufenthG oder Abschiebungsanordnung nach § 58 a AufenthG -- 11. Sachverhalt wäre durch BAMF zu prüfen -- 12. bisheriger Lebensunterhalt mit öffentlichen Mitteln bestritten, obwohl arbeitsfähig; -- 13 zu erwarten, dass zukünftig auf öffentliche Mittel angewiesen sein wird | <u>§ 3 Abs.2 HFKomV: - s.o.: Vorrang des Petitionsverfahrens !!</u><br><u>§ 5 HFKomV - zwingende Ausschlussgründe:</u><br>1. offensichtl. rechtsmissbräuchl.Verhalten; insb. bewusste Täuschung oder Irreführung der Behörden zur erheblichen Hinauszögerung der Aufenthaltsbeendigung -- 2. Nichterfüllung der Passpflicht trotz zumutbarer Mitwirkung an Erhalt eines Nationalpases; -- 3. Straffälligkeit, soweit bereits vorbestraft -- 4. Anhaltspunkte, dass eine Gefahr für die innere Sicherheit ausgehen könnte -- 5. fehlende konkrete Aussicht, den Lebensunterhalt zu sichern (d.h. kein ausreichendes Arbeitseinkommen + Bezug von Sozialhilfe innerhalb der letzten 2 Jahre) -- 6. bereits frühere Befassung der HFK -- 7. ausschließliche Begründung durch Umstände, die der Prüfung des BAMF unterliegen -- → <b>es sei denn</b> , besondere Umstände rechtfertigen in Ansehung der Folgen der Entscheidung eine Ausnahme oder es kann mit alsbaldigen Wegfall des Ausschlussgrundes gerechnet werden |
| 06. | GS beim Integrationsministerium - kein Vorbereitungsgremium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | GS beim Innenministerium - zugleich Vorbereitungsgremium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| 07. | § 5 HFKVO: JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung; es sei denn: Strafhaft o. Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs zur Aufenthaltsbeendigung begonnen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | § 4 HFKomV: NEIN - Ausländer kann Aussetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen NICHT verlangen - bei erkennbar positivem Ausgang Anregung durch GS                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| 08. | § 7 (2) HFKVO - 2/3 Mehrheit der anwesenden HFK-Mitglieder plus einfache Mehrheit der Stimmen aller HFK-Mitglieder (beschlussfähig bei Anwesenheit von 2/3 der Mitglieder)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | § 7 (3) HFKomV - mindestens 2/3 aller stimmberechtigten HFK-Mitglieder (beschlussfähig bei Anwesenheit von 2/3 der Mitglieder)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 09. | § 1 (2) HFKVO - begründet keine eigenen Rechte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | HFKomV ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 10. | durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| 11. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tätigkeitsberichte ab 2006 online erhältlich; - TB enthalten anonymisierte Fallbeispiele und detaillierte Zahlen - unter: - <a href="http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Fluechtlingspolitik/Haertefallkommission">http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Fluechtlingspolitik/Haertefallkommission</a></li> <li>- Weitere ausführliche Informationen (insb. Reader Caritas/Diakonie Baden) unter: Ev. Landeskirche Baden → <a href="http://www.ekiba.de/html/content/haertefallkommission799.html?&amp;stichwortsuche=H%C3%A4rtefallkommission">http://www.ekiba.de/html/content/haertefallkommission799.html?&amp;stichwortsuche=H%C3%A4rtefallkommission</a> - Befristung zum 31.12.2009 wurde aufgehoben mit Änderung zum 18.08.09</li> <li>- TB der HFK nimmt auch zu politischen Themen Stellung - so begrüßt der TB 2013/14 ein Einwanderungsgesetz und Erleichterungen bei der Zuwanderung, Verringerung der Arbeitsverbote etc.</li> </ul>                                     | <ul style="list-style-type: none"> <li>- ausführliche Tätigkeitsberichte ab 09/2006 (erstmalige Einrichtung) online erhältlich unter: <a href="http://www.innenministerium.bayern.de/suk/asylmigration/aufenthaltsrecht/haertefallkommission/index.php">http://www.innenministerium.bayern.de/suk/asylmigration/aufenthaltsrecht/haertefallkommission/index.php</a></li> <li>- ursprüngliche Befristung zum 31.12.2007; wurde aufgehoben mit Änderung vom 20.11.2007</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |

|     | <u>3 . B E R L I N</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | <u>4 . B R A N D E N B U R G</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <p>- Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (2) STAAT: 2</p> <p>- Römisch-katholische Kirche (1)</p> <p>- Evangelische Kirche (1)</p> <p>- Liga der Wohlfahrtsverbände - Diakonie (1)</p> <p>- Flüchtlingsrat Berlin (1)</p> <p>- Migrationsrat Berlin (1) NGO: 5</p>                                                                                                                                                                                                                   | <p>- Innenministerium (1)</p> <p>- Ministerium Arbeit, Soziales, Frauen + Familie (1)</p> <p>- Städte- und Gemeindebund (1)</p> <p>- Landkreistag Brandenburg (1) STAAT: 4</p> <p>- Integrationsbeauftragte Land Brandenburg (OHNE Stimmrecht)</p> <p>- Leiterin der Geschäftsstelle InnenM (Vorsitzende der HFK, OHNE Stimmrecht)</p> <p>- katholische Kirche (1)</p> <p>- evangelische Kirche (1)</p> <p>- Liga der freien Wohlfahrtsverbände - Diakonie (1)</p> <p>- Flüchtlingsrat Brandenburg (1) NGO: 4</p> <p>- § 2 (4) HFKVO → Sachverständiger kann durch Beschluss der HFK hinzugezogen werden</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
| 02. | durch die entsendenden Institutionen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | grdstzl. IM - Sozialministerium kann Flüchtlingsorganisation zur Benennung auffordern                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 03. | § 2 (4) HFKVO - sollen über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts o. Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | § 2 (2) HFKVO - sollen über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts o. Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 04. | § 3 (1) HFKVO - nur auf Antrag eines der Mitglieder der HFK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | § 4 (1) HFKVO - nur auf Antrag eines der Mitglieder der HFK<br>- GS holt Stellungnahme + fachrechtliches Votum der AB ein                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 05. | <p><u>§ 3 Abs.2 HFKVO "zwingend":</u></p> <p>1. nicht in der BRD aufhaltend</p> <p>2. Berliner ABH nicht zuständig</p> <p>3. AE gem. § 25 Abs.4 o. Abs.5 AufenthG kann beantragt werden</p> <p>4. keine Änderung der Sach-/Rechtslage</p> <p>5. Ausweisung gem. §§ 53, 54 Abs.5, 5a, 6 AufenthG</p> <p>6. Versagungsgrund nach § 5 Abs.4 S.1 AufenthG</p> <p>7. ...sofern lediglich Gründe vorgebracht werden, die beim BAMF abschließend als herkunftsstaatsbezogene Gründe geprüft worden sind</p> | <p><u>§ 5 Abs.1 "zwingend"</u> 1. nicht in der BRD aufhaltend / oder keine ABH zuständig; -- 2. AE kann noch anderweitig erreicht werden; oder es werden lediglich Gründe vorgebracht, die beim BAMF abschließend als zielstaatsbezogene Gründe geprüft worden sind oder werden - 3. unbekannter Aufenthaltsort - 4. Abschiebungsanordnung § 58a AufenthG -- 5. Ausweisung §§ 53, 54 / Versagung § 5(4) AufenthG</p> <p><u>§ 5 Abs.2 "in der Regel"</u> 1. Verhinderung oder Verzögerung der Aufenthaltsbeendigung durch vorsätzlich falsche Angaben, durch Täuschung über Identität oder Staatsangehörigkeit oder Nichterfüllung zumutbarer Anforderungen an die Mitwirkung bei der Beseitigung von Ausreisehindernissen -- 2. Straftaten von erheblichem Gewicht -- 3. wenn Rückführungstermin bereits feststeht -- 4. keine wesentliche Änderung Sach-/Rechtslage</p> <p>§ 5 Abs.2 S.2: von Regelausschlussgrund kann mit 2/3-Mehrheit im Einzelfall abgesehen werden</p> |
| 06. | GS bei der Senatsverwaltung für Inneres                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | § 3 HFKVO GS beim Innenministerium = Vorbereitungsgremium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 07. | § 4 (3) HFKVO - JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung;<br>NEIN für Ausschlussgründe § 3 (2) Nr. 5 + 6 HFKVO                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | § 4 (4) HFKVO - JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung;<br>NEIN wenn Rückführungs-Termin bereits feststeht                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 08. | § 5 (3) HFKVO - mindestens 2/3 der anwesenden HFK-Mitglieder                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | § 6 (4) HFKVO - mindestens 2/3 der anwesenden HFK-Mitglieder (Beschlussfähig bei Anwesenheit 50% der Mitglieder, § 6 Abs.2 HFKVO)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 09. | § 6 (2) S.3 HFKVO - begründet keine eigenen Rechte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | § 2 HFKVO - begründet keine eigenen Rechte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| 10. | durch die Senatsverwaltung des Innern                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
| 11. | <p>- Statistiken seit 01.01.2005 - keine Tätigkeitsberichte online erhältlich</p> <p>- Merkblatt über HFK zu finden unter:<br/><a href="http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/Info_HFK_Berlin.pdf">http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/Info_HFK_Berlin.pdf</a></p> <p>- Befristung zum 31.12.2009 wurde aufgehoben mit Änderung zum 07.04.09</p>                                                                                                                   | <p>- ausführliche Tätigkeitsberichte mit detaillierten Zahlen ab 17.02.2005 online erhältlich unter: <a href="http://www.mik.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.156848.de">http://www.mik.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.156848.de</a></p> <p>- Befristung zum 31.12.2009 wurde aufgehoben mit Änderung zum 23.09.09</p> <p>- befürwortet eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung (TB 2011; S.11)</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |

|     | <u>5. BREMEN</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | <u>6. HAMBURG</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertreter des Innensenators = Vorsitzender (1)</li> <li>- Vertreter des Senators für Soziales, Kinder, Jugend, Frauen (1)</li> <li>- Vertreter des Magistrats der Stadtgemeinde Bremerhaven (1) STAAT: 3</li> <li>- Evangelische Kirche Bremen (1)</li> <li>- Katholische Kirche Bremen (1)</li> <li>- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1)</li> <li>- Verein Zuflucht Ökumenische Ausländerarbeit (1; ab 12/07)</li> <li>- Bremer Rat für Integration (1; ab 12/07)</li> <li>- islamischen Religionsgemeinschaften in Bremen (1; ab 12/07) NGO: 6</li> </ul> <p>§ 4 (4) VO: <u>Im Einzelfall</u> Hinzuziehung von "Sachverständigen" - diese haben nur beratende Stimme während der Sitzung / kein Abstimmungsrecht</p> | <p><u>HFK-Mitglieder = 5 Abgeordnete der Fraktionen</u> (SPD, CDU, GAL, FDP und Die Linke)</p> <p>§ 1 Hamburgisches Gesetz über die HFK:</p> <p>- jede im Eingabeausschuss der Bürgerschaft vertretene Fraktion benennt aus ihrer Mitte für die HFK ein ordentliches Mitglied und zwei stellvertretende Mitglieder. Die Benannten werden durch die Bürgerschaft gewählt und durch den Senat berufen</p> <p><b><u>BEWERTUNG:</u></b></p> <p>negativ: "HFK" = Eingabeausschuss / - ohne externe Fachkompetenz bzw. gesellschaftlicher Beteiligung -- PA als Teil der Legislative Empfehlung abweichend v. Gesetz -- nur wenige Mitglieder -- HFK-Antrag nur bei vorheriger Eingabe -- Einstimmigkeit !!</p> |
| 02. | durch die entsendenden Institutionen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Wahl durch die Bürgerschaft / Berufung durch den Senat                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 03. | keine Vorgaben                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 04. | § 4 VO - ausschließlich im Weg der Selbstbefassung durch Vorlage eines Mitglieds der HFK -- § 1 (4) GO - Ausländern oder bevollmächtigte Dritte, die sie sich direkt an die GS wenden, wird eine Mitgliederliste ausgehändigt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <ul style="list-style-type: none"> <li>- auf Vorschlag mindestens eines Mitgliedes</li> <li>- Vorschlag nur zulässig, wenn in derselben Sache bereits ein Eingabeverfahren eingeleitet wurde (Begründung zu § 2 !!) - es sei denn, der Vorschlag kommt v. Innensenat selbst</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 05. | <p><u>§ 5 VO - zwingende Ausschlussgründe</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nicht in der BRD aufhaltend /</li> <li>2. ABH des Landes nicht zuständig</li> <li>3. AE kann in anderem aufenthaltsrechtlichen Verfahren erlangt werden und ABH Hat hierüber noch nicht entschieden oder nach einer Entscheidung der ABH ein Rbh-verfahren betrieben wird, das nicht zum Ruhen gebracht worden ist</li> <li>4. ausschließlich Gründe, die im Rahmen eines Asylverfahrens gewürdigt werden</li> <li>5. Keine Änderung der Sach- und Rechtslage</li> <li>6. Ausweisung nach §§ 53, 54, 55 Abs.2 Nr.1 o. 8 AufenthG oder Abschiebeanordnung nach § 58a AufenthG</li> </ol> <p>-- Prüfung erfolgt durch Vorsitzenden (Erlass 19.08.2010)</p>                | <p><u>§ 2 HFKG - zwingende Ausschlussgründe</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nicht in der BRD aufhaltend</li> <li>2. Hamburger ABH nicht zuständig</li> <li>3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig</li> <li>4. AE kann anderweitig erreicht werden</li> </ol> <p><u>§ 5 HFKG "in der Regel"</u></p> <p>5. Straftat von erheblichem Gewicht<br/>(hier insbesondere Ausweisungsgründe gem. §§ 53, 54 AufenthG)</p>                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| 06. | GS beim Senator für Inneres (Vorprüfungsgremium; s. Pkt.05)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | = Geschäftsführung im Rahmen der Amtshilfe bei der Bürgerschaftskanzlei.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
| 07. | Erlass 19.08.10: - Zurückstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen; es sei denn, mit Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs zur Beendigung des Aufenthalts wurde bereits begonnen. Vorbereitende Maßnahmen zählen nicht dazu.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | VO ohne Angabe - es gilt de facto die sogenannte "Petitionsduldung"; d.h. Aussetzung der Abschiebung für alle an die Kommission überwiesenen Fälle                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 08. | § 6 Abs.3 VO bzw. § 4 Abs.5 GO - einfache Mehrheit aller Mitglieder                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | § 4 (2) HFKG - Beschlussfähig nur bei Anwesenheit aller Mitglieder -<br>§ 5 (1) HFKG - 2/3 der berufenen Mitglieder                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 09. | VO ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Begründung zu § 5 HFKG: Entscheidung ist "nicht justiziabel"                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| 10. | § 6 (6) VO - der Innensenator                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | durch die Senatsverwaltung des Innern                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| 11. | <p>- Tätigkeitsberichte seit 07.04.2006 online erhältlich unter:<br/><a href="http://www.inneres.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen52.c.2462.de">http://www.inneres.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen52.c.2462.de</a></p> <p>- Mit Art.1 Abs.15 des 3. Gesetzes zur Bereinigung des bremischen Rechts wurde die Befristung zum 31.12.2009 aufgehoben und verlängert bis 31.12.2014</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Statistiken seit 01.01.2006 (<b>2012 und 2013 fehlen z.ztp. der Erstellung</b>)</li> <li>- keine eigenen Tätigkeitsberichte; Zahlen werden veröffentlicht in den jeweiligen Jahresbilanzen des Einwohner-Zentralamtes Hamburg</li> <li>- Befristung zum 31.12.2009 wurde aufgehoben mit Änderung zum 25.05.09</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |

|     | <u>7. HESSEN</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | <u>8. MECKLENBURG - VORPOMMERN</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Innen- (2) / Sozial- (1) + Integrationsministerium (1) (insg. 4)</li> <li>- drei kommunale Spitzenverbände (je 1 = 3)</li> <li>- Zentrale Ausländerbehörde (1) STAAT: 8</li> <li>- 2x CDU-; 2x SPD-; 1x B90/Grüne - ABGeO: 5</li> <li>- Evangelische und katholische Kirche (je 1 = 2)</li> <li>- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (2); AG Ausländerbeiräte Hessen (1)</li> <li>- Amnesty International (1); Hessischer Flüchtlingsrat (1)</li> <li>- Beratungseinrichtungen: Frauenbüro (1) + Opfer v. Menschenhandel (1)</li> <li>- Landesärztekammer (1) NGO: 10</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertreter der kreisfreien Städte (1)</li> <li>- Vertreter der Landkreise (1)</li> <li>- Sozialministerium (1)</li> <li>- Leiter der Geschäftsstelle [als Vertreter des Innenministeriums] (1) STAAT: 4</li> <li>- Evangelische Kirche (1)</li> <li>- Katholische Kirche (1)</li> <li>- Flüchtlingsorganisationen des Landes (1)</li> <li>- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) NGO: 4</li> <li>§ 2 (2) HFKLVO M-V - paritätische Besetzung Frauen + Männer ("soll" - derzeit nicht realisiert)</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 02. | § 2 (1) HFKG: durch IM auf Vorschlag der entsendenden Institutionen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | auf Vorschlag der entsendenden Institutionen, Berufung durch Innenministerium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 03. | Keine Angaben - § 7 (3) HFKG: Recht der HFK auf Anhörung externer Personen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | § 2 (3) HFKLVO M-V - Sachverständiger mit psychiatrischer Qualifikation kann hinzugezogen werden                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 04. | § 4 (1) HFKG - ausschließlich im Weg der Selbstbefassung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | § 4 (1) HFKLVO M-V - nur von einem Mitglied der HFK<br>§ 4 (2) HFKLVO M-V: Möglichkeit für Ausländer, sich direkt an die GS der HFK zu wenden                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 05. | § 4 (1) HFKG + § 1 (2) Nr.1 + 2 GO<br>1. nur bei Zuständigkeit einer hessischen ABH<br>2. nur bei vollziehbar ausreisepflichtigen Personen<br>§ 6a (1) HFKG: zwingender Vorrang eines abgeschlossenen Petitionsverfahrens<br>§ 6a (2) HFKG: in der Regel bei vorsätzlichen Straftaten in den letzten 3 Jahren und Verurteilung zu Jugend-/Freiheitsstrafe oder Geldstrafe 180 TS<br>§ 8a - Ausschluss der Anordnung, wenn § 6a (2) HFKG erfüllt ist; oder Lebensunterhalt nicht überwiegend eigenständig gesichert werden kann (Ausnahmen vorgesehen), es sei denn, leistungserbringende Behörde stimmt zu oder Verpflichtungserklärung liegt vor.<br>§ 1 (2) Nr. 3-13 GO: 3. Ziel in anderem ausländerrechtl. Verfahren erreichbar; 4. paralleles behördl. o. gerichtl. Verfahren zwecks Aufenthaltsstatus; 5. Paralleles Petitionsverfahren in gleicher Sache; 6. Erteilung Aufenthaltstitel wird nicht angestrebt; 7. Sachverhalt ausschließlich durch BAMF zu prüfen; 8. Versagung Aufenthaltstitel gem. § 5 (4) AufenthG; 9. Vollzug der Abschiebung bereits begonnen; 10./11. Kein Einverständnis oder keine Vollmacht des Ausländers; 12. Keinerlei Gesichtspunkte hinsichtl. dringender humanitärer/persönlicher Gründe; 13. Keine nachträgliche Änderung Sach-/Rechtslage bei bereits vorheriger Befassung der HFK | <b>§ 5 HFKLVO M-V - 1.-5. zwingend !</b><br>1. nicht in der BRD aufhaltend / ABH des Landes sind nicht zuständig<br>2. Aufenthaltsort unbekannt; zur Fahndung ausgeschrieben<br>3. AE kann in anderem aufenthaltsrechtlichen Verfahren erlangt werden<br>4. Rückführungstermin bei länger bestehender Ausreisepflicht steht bereits fest<br>5. keine nachträgliche wesentliche Änderung der Sach- und Rechtslage<br><b>§ 7 (2) HFKLVO M-V 6.-11.: "in der Regel":</b><br>6. Aufenthaltsverbot oder illegaler Aufenthalt;<br>7. Versagungsgrund nach § 5 (4) AufenthG<br>8. Ausweisung / Abschiebeandrohung § 58a AufenthG;<br>9. lediglich durch BAMF zu prüfende Gründe;<br>10. Straftaten von erheblichem Gewicht; §§ 53,54 AufenthG<br>11. wiederholter oder gröblicher Verstoß gegen Mitwirkungspflicht, Täuschung etc. |
| 06. | § 3 HFKG / § 4 GO: GS beim IM / ebenso VorprüfungsA (1x GS, 2x NGO-Mitglieder der HFK) - kein einheitliches Votum des VorP = Vorlage an die HFK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | GS beim Innenministerium (zugleich Vorprüfungsgremium)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| 07. | § 6 HFKG - GS ersucht, soweit erforderlich, ABH bis abschließendem Votum von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen - Erlass des HMdI vom 14.11.2008 - Aussetzung wenn nach Vorprüfung feststeht, dass Behandlung erfolgen wird                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | §§ 3 (2) HFKLVO M-V, § 2 (2) GO- keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen für die Dauer des Härtefallverfahrens - sofern keine Ausschlussgründe vorliegen, fordert Geschäftsstelle ABH unverzüglich auf, für die Dauer des Verfahrens von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 08. | § 7 (1) HFKG / § 7 (2) GO - einfache-Mehrheit der gesetzlich bestimmten Mitglieder                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | § 7 (1) HFKLVO M-V - Zustimmung von mind. fünf Mitgliedern / § 7 (2) GO: qualifizierte Mehrheit<br>§ 6 (2) HFKLVO M-V iVm. § 7 (1) GO beschlussfähig bei Anwesenheit mehr als 50% der Mitglieder)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 09. | § 9 HFKG: Beschlüsse der HFK unterliegen keiner gerichtlichen Nachprüfung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | § 4 (5) HFKLVO M-V: kein förmlicher Rechtsbehelf                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 10. | §§ 7 (4), 8 (2) HFKG: durch das Innenministerium; bei geplanter Ablehnung ist die HFK vorab zu informieren - § 9(2) GO- GS unterrichtet HFK bei geplanter Ablehnung; - siehe Pkt.05 - § 8a HFKG Ausschluss der Anordnung !!                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | § 8 HFKLVO M-V - durch das Ministerium für Inneres und Sport                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
| 11. | Statistiken vom 21.04.2006 bis 18.12.2009 (TB für 2006; Zahlen 2008 enthalten in Antwort der LandesReg; DrS.: 18/808)<br>-- TB 2012 bis 2014 online erhältlich unter: <a href="http://innen.hessen.de/buerger-staat/haertefallkommission">http://innen.hessen.de/buerger-staat/haertefallkommission</a><br>- keine Befristung im HFKG vom 14.12.2009                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | - Tätigkeitsberichte ab 01.01.2005 online erhältlich unter: <a href="http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Asyl%E2%80%93und-Fl%C3%BChtlinge/H%C3%A4rtefallkommission">http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Asyl%E2%80%93und-Fl%C3%BChtlinge/H%C3%A4rtefallkommission</a><br>- Befristung wurde mit ÄnderungsVO vom 30. 11.2009 (GVObl. M-V S. 679) aufgehoben                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |

|     | 9. NIEDERSACHSEN                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | 10. NORDRHEIN - WESTFALEN                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorsitzendes Mitglied (Innenministerium; ohne Stimmrecht)</li> <li>- Innenministerium Niedersachsen (2)</li> <li>- Vertreter des Landkreis- und Städtetages (je 1 =2) STAAT: 4</li> <li>- Evangelische Kirche (1) - Katholische Kirche (1)</li> <li>- LAG Diakonie (1)</li> <li>- Flüchtlingsrat Niedersachsen (1)</li> <li>- Ärzteschaft (1)</li> <li>- 1 Persönlichkeit des Landes, derzeit (2015) Doris Schröder-Köpf (1) NGO: 6</li> </ul> <p>Beauftragte für Migration und Teilhabe ist berechtigt, mit beratender Stimme an den Sitzungen teilzunehmen (§ 2 Abs.2 NHärteKVO)</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- LeiterIn der Geschäftsstelle = Vorsitzende/r (mit Stimmrecht - 1)</li> <li>- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (1)</li> <li>- Ausländerbehörde (1) STAAT: 3</li> <li>- Römisch-katholische Kirche (1)</li> <li>- Evangelische Kirche (1)</li> <li>- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1)</li> <li>- Flüchtlingsrat NRW (1)</li> <li>- Pro Asyl (1)</li> <li>- Ärzteschaft (1) NGO: 6</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 02. | auf Vorschlag der entsendenden Institutionen; *Berufung durch IM-Nds !!                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | auf Vorschlag der entsendenden Institutionen, Berufung durch den Innenminister                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 03. | § 2 (5) NHärteKVO - außer vorsitzendem Mitglied alle ehrenamtlich tätig                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | § 2 (2) HFKVO - sollen Erfahrungen in Ausländer- und Flüchtlingsarbeit haben; § 2 (3) - Geschlechterparität wird angestrebt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
| 04. | <p>§ 4 (1) - im Wege einer schriftlichen Eingabe durch ein HFK-Mitglied oder des/der betroffenen Ausländers/In - seit 01.01.2010: Eingaben möglich auch unmittelbar bei der GS der HFK</p> <p>§ 5 (2) Liegt kein Nichtannahmegrund nach § 5 (1) NHärteKVO vor, entscheidet das Vorprüfungsgremium über die Annahme der Eingabe</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Befassung erfolgt in der HFK grundsätzlich auf schriftlichen Antrag an die GS, einzureichen auch durch betroffene Personen / ABH können der GS Einzelfälle vorlegen (Pkt.2 GO) / - §§ 3 (2) / 4 (2) HFKVO: GS holt vorher Stellungnahme + fachrechtliches Votum der AB ein                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 05. | <p><b>§ 5 Abs.1 NHärteKVO - "zwingende Ausschlussgründe"</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nicht in BRD aufhaltend bzw. Aufenthaltsort unbekannt</li> <li>2. ABH Niedersachsens nicht zuständig</li> <li>3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig</li> <li>4. Abschiebungstermin steht bereits fest bzw. ABH hat nach Verstreichen des Termins (wiederholt) auf Möglichkeit des HFK-Verfahrens aufmerksam gemacht</li> <li>5. Abschiebungshaft wurde angeordnet</li> <li>6. Ausweisungsgrund nach § 53 oder § 54 AufenthG (es sei denn: Verbüßung der Jugendstrafe / Freiheitsstrafe liegt 3 / 5 Jahre zurück und danach keine vorsätzliche Straffälligkeit mehr; oder Entstehung eines Ausweisungsgrundes nach § 54 Nrn. 3 bis 7 AufenthG liegt mindestens drei Jahre zurück)</li> <li>7. Eingabe in einer aufenthaltsrechtlichen Angelegenheit beim Landtag anhängig</li> </ol> <p>⇒ <b>§ 5 Abs.1 S.2 NHärteKVO</b> Entscheidung über Ausschlussgründe durch das vorsitzende Mitglied der HFK</p> | <p><b>§ 5 Abs.1 HFKVO (1.-7.: zwingend) § 5 Abs.2 HFKVO (8.-13. "soll")</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nicht in der BRD aufhaltend /</li> <li>2. ABH NRW nicht zuständig /</li> <li>3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig /</li> <li>4. keinen ordnungsgemäßen Wohnsitz in NRW /</li> <li>5. Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG /</li> <li>6. Versagungsgrund nach § 5 (4) AufenthG /</li> <li>7. Ausweisung gem. § 53 AufenthG /</li> <li>8. Aufenthalt entgegen § 11 AufenthG</li> <li>9. AE kann noch anderweitig erreicht werden</li> <li>10. zur Fahndung ausgeschrieben oder keine ladungsfähige Adresse</li> <li>11. Straftaten von erheblichem Gewicht i.S.d. § 23a AufenthG</li> <li>12. Ausweisung gem. § 54 AufenthG</li> <li>13. Termin für Rückführung steht fest</li> </ol> |
| 06. | § 3 NHärteKVO GS beim Innenministerium (seit 2012 mit Vorprüfungsgremium)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | GS beim Innenministerium (ebenso der von GS unabhängige Vorprüfungsausschuss)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 07. | § 5 (3) NHärteKVO - Zurückstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Entscheidung oder bis zum Ende des Verfahrens                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | VO ohne Angabe; Pkt.4 IM-Hinweise vom 20.01.2005: keine aufschiebende Wirkung ("Empfehlung bzw. Bitte an die ABH, von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzu-sehen, im Regelfall für nicht mehr als 8 Wochen");                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 08. | § 6 Abs.3, 4 NHärteKVO - einfache-Mehrheit der anwesenden Mitglieder (beschlussfähig bei mindestens 7 stimmberechtigten Mitgliedern)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | § 6 (3) HFKVO - einfache Stimmenmehrheit anwesender HFK-Mitglieder (§ 6 (2) HFKVO - beschlussfähig bei Anwesenheit von 50% der Mitglieder)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 09. | NHärteKVO ohne Angabe - Begründung VO: "kein Verwaltungsakt"                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | § 1 (2) HFKVO + Pkt.4 GO - begründet keine eigenen Rechte, kein Rechtsbehelf                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| 10. | § 6 Abs.6 NHärteKVO durch das zuständige Fachministerium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | § 7 (1) HFKVO - Übertragung auf die Ausländerbehörden !!                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
| 11. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tätigkeitsberichte ab 2012 online erhältlich unter: <a href="http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14974&amp;article_id=63033&amp;psmand=33">http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14974&amp;article_id=63033&amp;psmand=33</a></li> <li>- Website der HFK Niedersachsen (s. oben) enthält Hinweise zur HFK in mehreren Sprachen (u.a.: albanisch, arabisch, kurdisch, türkisch, serbisch, russisch)</li> <li>- Befristung zum 31.12.2009 wurde aufgehoben mit Änderung zum 09.12.09</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Statistiken ab 01.01.2005 bis 31.12.2011; <b>danach sind Zahlen nicht mehr verfügbar bzw. werden nicht mehr mitgeteilt</b>- keine Tätigkeitsberichte online erhältlich</li> <li>- Befristung zum 31.12.2009 aufgehoben und bis 31.12.2014 verlängert (Hinweis: in NRW ist das gesamte Landesrecht grundsätzlich auf 5 Jahre befristet)</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |

|     | <u>1 1 . R H E I N L A N D - P F A L Z</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <u>1 2 . S A A R L A N D</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Staatssekretärin Ministerium Integration, Familie, Kinder, Jugend, Frauen - MIFKJF (1)</li> <li>- Beauftragte der Landesregierung für Migration + Integration (MIFKJF) (1)</li> <li>- stellv. Leiterin des Referats Ausländerrecht (MIFKJF) - (1)</li> <li>- Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz (1)</li> <li>- Städtetag + Landkreistag Rheinland-Pfalz (2)* STAAT: 6</li> <li>- Evangelische Kirche - Katholische Kirche (2)*</li> <li>- Liga freier Wohlfahrtsverbände (1)*</li> <li>- Amnesty International (1)*</li> <li>- Arbeitskreis Asyl (1) NGO: 5</li> </ul> <p><i>* (§ 2 Abs.6 GO: Sitzungspauschale 25.-€ / Fahrkostenerstattung)</i></p>                                                                                                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- v. Landtag bestelltes Mitglied als Vorsitzende/r (1)</li> <li>- Landkreistag des Saarlandes (1)</li> <li>- Städte- und Gemeindetages des Saarlandes (1) STAAT: 3</li> <li>- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (2)</li> <li>- Evangelische Kirche (1)</li> <li>- Katholische Kirche (1)</li> <li>- Saarländischer Integrationsrat (1) NGO: 5</li> </ul>                                                 |
| 02. | auf Vorschlag der jeweiligen Organisationen - Berufung durch f. Ausländerwesen zust.M.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | auf Vorschlag der jeweiligen Organisationen - Berufung durch Innenminister                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 03. | § 2 (2) HFKVO - Kenntnisse des Aufenthalts-/Asylrechts oder Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung - § 2 (3) HFKVO: auf Geschlechterparität wird streng geachtet                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | keine Angaben                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 04. | § 3 (1) HFKVO - nur von einem Mitglied der HFK -- § 4 Abs.1 GO: formlose Eingaben Dritter sind zu prüfen - das betr. Mitglied ist hier frei in seiner Entscheidung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <ul style="list-style-type: none"> <li>- nur auf Vorlage durch mindestens einem Mitglied der HFK</li> <li>- §2 Nr.2 GO der HFK: Betroffenen werden Gründe der Nichtbefassung mitgeteilt</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                               |
| 05. | <p><u>§ 3 (2) HFKVO zwingend</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nicht in der BRD aufhaltend /</li> <li>2. ABH Rheinland-Pfalz nicht zuständig</li> <li>3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig</li> <li>4. lediglich Gründe, die durch das BAMF zu prüfen sind !!</li> <li>5. Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG oder Ausweisung nach § 53 AufenthG</li> <li>6. keine Änderung von Sach- / Rechtslage (bei Wiederholungsantrag)</li> </ol> <p>§ 4 S.3 HFKVO: "in der Regel" - bei Straftaten von erheblichem Gewicht</p> <p><u>§ 3 (3) HFKVO:</u> HFK-Vorsitzende/r entscheidet über Zulässigkeit des Antrages</p>                                                                                                                                                                            | <p><u>§ 5 HFKVO "zwingend"</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ABH Saarland sind nicht zuständig</li> <li>2. nicht im Besitz einer gültigen Duldung gem. 60a AufenthG</li> <li>3. ausschließlich zielstaatsbezogene Gründe</li> <li>4. Ausweisung gem. §§ 53, 54, 55 Abs. 2 Nr. 1, 8a oder 8b AufenthG</li> <li>5. keine Änderung der Sach- oder Rechtslage</li> <li>6. Antrag nach § 25 Abs. 4 oder 5 AufenthG möglich</li> </ol> |
| 06. | GS bei Integrationsministerium - MIFKJF (§1 Abs.2 GO: GS zugleich Vorprüfungsgremium)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | GS beim Innenministerium ( § 2 GO: GS zugleich Vorprüfungsgremium)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 07. | § 3 (4) HFKVO - Sofern Abschiebung noch nicht terminiert, ersucht das zuständige Ministerium bei zulässigen Anträgen im Regelfall die zuständige ABH, zum Zweck der Durchführung des Härtefallverfahrens eine Duldung nach § 60a (2) S.3 AufenthG zu erteilen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | keine Angaben in der VO - lt. Merkblatt der GS: Eingabe ist kein Rechtsbehelf, daher keine aufschiebende Wirkung, daher keine Aussetzung d. Abschiebung                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
| 08. | § 5 (1) HFKVO - 2/3-Mehrheit der <u>anwesenden</u> HFK-Mitglieder (beschlussfähig bei Anwesenheit von mind. 5 Mitgliedern)<br>(schriftliches Beschlussverfahren: 2/3 <u>aller</u> Mitglieder !)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | § 6 (2) HFKVO - durch 3/4-Mehrheit ihrer Mitglieder / bei Bezug von Sozialhilfe muss Stadt- und. Landkreistag zustimmen !!                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 09. | § 3 (1) S.5 HFKVO - Antrag kein förmlicher Rechtsbehelf, keine aufschiebende Wirkung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | VO ohne Angabe - lt. Merkblatt GS: "nicht justiziabel"                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 10. | durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend u. Frauen (MIFKJF)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | VO ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| 11. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tätigkeitsberichte ab 2012 online erhältlich unter <a href="https://mifkjf.rlp.de/de/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/haertefallkommission-des-landes-rheinland-pfalz/">https://mifkjf.rlp.de/de/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/haertefallkommission-des-landes-rheinland-pfalz/</a></li> <li>TB 2013: "HFK hat bewusst davon abgesehen, sich Verfahrensgrundsätze oder Leitlinien zu geben, um jeden Antrag als individuellen Einzelfall behandeln zu können. Jeder Fall weist Besonderheiten auf, die bei der Entscheidungsfindung einfließen, wobei jedem Mitglied deren Gewichtung eigenständig obliegt."</li> <li>- Befristung aufgehoben durch Erlass der neuen HFKVO vom 05.04.2011</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- ausführliche Tätigkeitsberichte mit Entscheidungskriterien bzw. Fallbeispielen unter: <a href="http://www.haertefallkommission.saarland.de/13676.htm">http://www.haertefallkommission.saarland.de/13676.htm</a></li> <li>- Die Befristung der Härtefallkommissionsverordnung (HKVO) wird zum 31.12.2015 aufgehoben</li> </ul>                                                                           |

|     | <u>1 3 . S A C H S E N</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <u>1 4 . S A C H S E N - A N H A L T</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Staatsministerium des Innern (1)</li> <li>- Staatsministerium für Soziales + Verbraucherschutz (1)</li> <li>- Sächsischer Städte- und Gemeindetag e.V. (1)</li> <li>- Sächsischer Landkreistag e.V. (1) STAAT: 4</li> <li>- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens (1)</li> <li>- Bistum Dresden-Meißen (1)</li> <li>- Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. (1)</li> <li>- Liga der Freien Wohlfahrtspflege (1) NGO: 4</li> <li>- Ausländerbeauftragter für die Dauer seiner Amtszeit (s. auch 02.)</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <p>Vorschlagsberechtigt für je 1 Mitglied und 1 Stellvertreter*In sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Landkreistag Sachsen-Anhalt (1)</li> <li>- Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (1)</li> <li>- Ministerium für Arbeit und Soziales (1)</li> <li>- Ministerium für Inneres und Sport (1) STAAT: 4</li> <li>- LIGA Freie Wohlfahrtspflege (1)</li> <li>- Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt (1)</li> <li>- Katholische Kirche Sachsen-Anhalt(1)</li> <li>- Evangelischen Kirchen Sachsen-Anhalt (1) NGO: 4</li> </ul>                                |
| 02. | Auf Vorschlag o.g. Institutionen - Berufung durch den Innenminister<br>Ausländerbeauftragter freiwillige Mitwirkung, sofern Einverständnis dem IM gegeben                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | auf Vorschlag der entsendenden Institutionen - Berufung durch den Innenminister                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 03. | Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts oder Erfahrungen in der Flüchtlingsberatung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | es "sollen" Kenntnisse über Aufenthalts- + Asylrecht; oder Erfahrungen in der Flüchtlingsberatung vorhanden sein                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| 04. | - ausschließlich durch ein Mitglied der HFK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | - ausschließlich durch ein (stellvertretendes) Mitglied der HFK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 05. | <p><u>§ 3 (1), (3) HFKVO - zwingend (1.-7.) / § 3 (2) HFKVO - "in der Regel" (8.-10.)</u></p> <p>1. ABH Sachsen nicht zuständig -- 2. nur Gründe, die bereits in einem Gerichts- oder Petitionsverfahren überprüft wurden -- 3. hinsichtlich Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren anhängig -- 4. erneuter Antrag obwohl keine günstigere Änderung der Sach- oder Rechtslage -- 5. lt. BZR in den letzten 5 Jahren vorsätzliche Straftaten [abschließend aufzählender 14-Punkte-Katalog, u.a. gegen Verfassung, Gefährdung der Demokratie, schwerer Landfriedensbruch, Bildung krimineller o. terroristischer Vereinigung, gegen sexuelle Selbstbestimmung, Mord, Menschenhandel etc.] -- 6. Ausweisungsgrund § 54 Nr.5, 5a o. 6 AufenthG, bereits danach ausgewiesen o. Abschiebungsandrohung ergangen -- 7. § 3 (3) HFKVO - lediglich durch BAMF zu prüfende Gründe</p> <p>8. lt. BZR in letzten 5 Jahren vorsätzliche Straftat mit Jugend- o. Freiheitsstrafe mind. 6 Monate o. Geldstrafe mind. 180 TS -- 9. anhängiges Petitionsverfahren -- 10. in absehbarer Zeit nicht in der Lage, Lebensunterhalt zu sichern [es sei denn, Einverständniserklärung der öffentlichen Träger oder Verpflichtungserklärung liegt vor]</p> <p><u>§ 4 (2) HFKVO</u> HFK-Vorsitzender prüft Vorliegen von Ausschlussgründen - Bei Regelausschlussgründen kann mit einfacher Mehrheit die Befassung beschlossen werden</p> | <p><u>§ 6 HFKVO</u></p> <p>1. in den letzten 3 Jahren Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe (mind. 6 Monate oder 180 Tagessätze)</p> <p>2. Ausweisung gem. §§ 53, 54 AufenthG o. Versagung des Aufenthaltstitels gem. § 5 (4) AufenthG</p> <p>3. wiederholt oder gröblich gegen Mitwirkungspflichten verstoßen hat o. verstößt / o. beharrlich über aufenthaltsrechtlich bedeutsame Umstände getäuscht hat (insb. bei Passbeschaffung lt. Merkblatt des IM)</p> <p>4. zur Fahndung ausgeschrieben ("z.B. wegen Untertauchens"; lt. Merkblatt des IM)</p> |
| 06. | VO ohne Angabe; lt. § 5 GO der HFK: GS beim Innenministerium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Weisungsunabhängige Geschäftsstelle Im Innenministerium. Sie bereitet die Sitzungen der Kommission vor. Eine Vorprüfung der Anträge erfolgt nicht.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 07. | § 4 Abs.5 HFKVO: Für die Dauer des Verfahrens werden unmittelbare Rückführungsmaßnahmen ... ausgesetzt; Vorbereitungshandlungen bleiben davon unberührt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung.<br>Das Innenministerium ordnet die Aussetzung der Abschiebung jedoch dann an, wenn keine Ausschlussgründe nach § 6 HFK-VO vorliegen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 08. | § 4 Abs.4 HFKVO: 2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !! = faktische 3/4-Mehrheit) - beschlussfähig > 50%                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | § 5 Abs.2 HFKVO: 2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !! = faktische 3/4-Mehrheit)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
| 09. | VO ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | VO ohne Angabe - Begründung zu § 4: "nicht justiziabel"                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 10. | § 2, § 4 Abs.6 HFKVO: durch das Innenministerium (mit schriftlicher Begründung an HFK)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | VO ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 11. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Tätigkeitsberichte online erhältlich</li> <li>- Befristung zum 31.12.2009 wurde aufgehoben mit Änderung zum 11.12.09</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tätigkeitsberichte ab 2005 unter: <a href="http://www.mi.sachsen-anhalt.de/das-ministerium/einbuergerungsportal/haertefallkommission/taetigkeitsberichte/">http://www.mi.sachsen-anhalt.de/das-ministerium/einbuergerungsportal/haertefallkommission/taetigkeitsberichte/</a></li> <li>- Befristung zum 31.12.2009 wurde aufgehoben mit Änderung zum 21.04.09</li> </ul>                                                                                                                                                     |

|     | <u>15. SCHLESWIG-HOLSTEIN</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | <u>16. THÜRINGEN</u>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 01. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorsitz Mitglied des Ministeriums für Inneres</li> <li>- Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (2)</li> <li>- Arbeitsgemeinschaft kommunaler Landesverbände (2) STAAT: 4</li> <li>- Katholisches Erzbistum Hamburg (1)</li> <li>- Nordelbische Evangelisch Lutherische Kirche. (1)</li> <li>- Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände - Deutsches Rotes Kreuz (1)</li> <li>- Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände - Arbeiterwohlfahrt (1)</li> <li>- Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein / Dtsch. Kinderschutzbund (1 - alternierende Stellvertretung)</li> <li>- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein (1) NGO: 6</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Staatssekretär für Ausländerrecht zuständige Ministerium (Vorsitz ohne Stimmrecht)</li> <li>- Vorsitzender des Petitionsausschusses (1)</li> <li>- Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes (1)</li> <li>- Vertreter des Landkreistages (1)</li> <li>- Migrationsbeauftragte des Ministeriums f. Migration + Justiz (1) STAAT: 4</li> <li>- Katholische Kirche (1)</li> <li>- Evangelische Kirche (1)</li> <li>- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1)</li> <li>- Landesärztekammer (1) NGO: 4</li> </ul>                                                |
| 02. | auf Vorschlag der entsendenden Institutionen, Berufung durch das Innenministerium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | auf Vorschlag der entsendenden Institutionen, Berufung durch für Ausländerrecht zuständiges Ministerium                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 03. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitarbeit von Personen mit Migrationshintergrund angestrebt</li> <li>- Kommission soll paritätisch mit Männern und Frauen besetzt sein</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | VO ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| 04. | - sowohl durch Anrufung von AusländerInnen als auch durch bevollmächtigte Dritte !!                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | § 4 HärtefKV-TH: nur durch Antrag mind. eines Mitglieds der HFK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 05. | <p><u>§ 13 HFKVO "zwingend"</u> -- 1. ABH Schleswig-Holstein nicht zuständig -- 2. wenn Ziel in anderem aufenthaltsrechtlichen oder Asylverfahren erreicht werden kann oder konnte (insb. bei ausschließlich Angabe von zielstaatsbezogenen Gründen)</p> <p><u>§ 16 (3) HFKVO "in der Regel"</u> 3. Straftat von erheblichem Gewicht gem. §§ 53, 54 AufenthG Pkt.2.2 GO "in der Regel": 4. undokumentierter Aufenthalt; 5. Tatbestand §§ 53, 54, 58a AufenthG erfüllt; 6. nicht nur kurzfristiger (&gt; 6 Mon.) unrechtmäßiger Aufenthalt; 7. Verfahren oder Ausreise "offensichtlich missbräuchlich" verzögert (kein Ausschluss, wenn zum Ztp. der Eingabe Mitwirkungspflichten nachgeholt bzw. Täuschung aufgegeben wurde</p> <p><u>Pkt.2.5 GO</u> Im Falle der Verwerfung einer Anrufung im Rahmen der Vorprüfung behält sich HFK auf Antrag eines Mitgliedes vor, die Beschlussfassung an sich zu ziehen</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | <p><u>§ 5 Abs.1 HärtefKV-TH "zwingend"</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nicht in der BRD aufhaltend</li> <li>2. ABH Thüringen sind nicht zuständig</li> <li>3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig</li> <li>4. ausschließlich Gründe, die im Rahmen eines Asylverfahrensgewürdigt werden</li> <li>5. Ausweisung gem. §§ 53, 54, 55 Abs.2 Nr.1 o. 8 AufenthG</li> <li>6. nach § 50 (6) AufenthG in den Fahndungshilfsmitteln der Polizei zur Aufenthaltsermittlung und Festnahme ausgeschrieben</li> <li>7. keine Änderung der Sach- und Rechtslage zugunsten der Betr.</li> </ol> |
| 06. | GS beim InnenM (eigenständiger Vorprüfungsausschuss - 2 von HFK gewählte Personen)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | GS beim für Ausländerrecht zuständigen Ministerium (kein Vorprüfungsausschuss)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| 07. | VO ohne Angabe / GS kann ABH informieren und bittet im Regelfall um Aussetzung der Abschiebung / ABH ist nicht an Weisung diesbezüglich gebunden                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | VO ohne Angabe -Aussetzung erfolgt in der Praxis, sofern Abschiebung nicht unmittelbar bevorsteht o. terminiert werden muss (z.B. wg. Ablauf notwend. Dokumente)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| 08. | § 15 Abs.1 HFKVO mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | § 6 Abs.3 HärtefKV-TH: 2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !! = faktische 3/4-Mehrheit)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
| 09. | Anrufung selbst ist kein Rechtsbehelf                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | HärtefKV-TH ohne Angabe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 10. | durch den Innenminister                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | durch für Ausländerrecht zuständigen Minister                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| 11. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tätigkeitsberichte 2009 bis 2013 (2014 z. Ztp. der Erstellung nicht erhältlich) unter: <a href="http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/H/haertefallkommission/haertefallkommission.html">http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/H/haertefallkommission/haertefallkommission.html</a></li> <li>- Pkt. 3.3 GO enthält umfangreiche Kriterien, welche zu einem positiven Ersuchen führen können (u.a.: ausreichende Kenntnisse deutscher Sprache - dauerhafte Teilnahme am Arbeitsprozess bzw. mindestens nachgewiesenes nachhaltiges Bemühen um Teilnahme daran - Kinder, die hier aufwachsen und eine Kindertagesstätte oder Schule besuchen - erbrachte Erziehungsleistungen - soziales Engagement - Pflege von Angehörigen Kontakt über die Ethnie hinaus oder gesellschaftliche Teilhabe - besonderen Verantwortung für das Kindeswohl - langjähriger Aufenthalt &gt; 5 J. bei integrierten Jugendlichen - schwere gesundheitliche Problematiken - Trennung von hier mit festem Aufenthaltsstatus lebenden engen Verwandten - Herauslösung aus gewohnter Umgebung, wenn als UMF eingereist und integriert</li> <li>- eine Befristung war von vorneherein nicht gegeben; Entfristung daher nicht notwendig</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Tätigkeitsberichte online erhältlich</li> <li>- mittlerweile unbefristete Verlängerung der HFK-Tätigkeit</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |

**Abk. "kA" = keine (für den gesamten Zeitraum) auswertbaren Angaben**

| <b>Baden-Württemberg</b> | <b>05/06</b> | <b>07/08</b> | <b>09/10</b> | <b>2011</b> | <b>2012</b> | <b>2013</b> | <b>2014</b> | <b>kumuliert (P)</b> |         |
|--------------------------|--------------|--------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|----------------------|---------|
| Eingänge                 | 1.269        | 229          | 190          | 98          | 96          | 148         | 185         | 2.215                | (6.859) |
| beraten                  | 721          | 206          | 139          | 63          | 81          | 105         | 148         | 1.463                | (4.528) |
| Ersuchen                 | 288          | 84           | 77           | 36          | 54          | 47          | 52          | 638                  | (1.765) |
| noch nicht entschieden   | 0            | 1            | 0            | 1           | 2           | 1           | 1           | 6                    | (9)     |
| Stattgaben               | 263          | 74           | 73           | 35          | 52          | 46          | 50          | 593                  | (1.628) |
| Nichtstattgaben          | 25           | 9            | 4            | 0           | 0           | 0           | 1           | 39                   | (127)   |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 66,05%

IM erläutert HFK eine Nichtstattgabe

[illegible]

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 33,96%

| Berlin                  | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P)    |
|-------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|------------------|
| Eingänge                | 403   | kA    | kA    | kA   | 265  | 329  | 288  | kA<br>kA         |
| beraten                 | 833   | 431   | 503   | 227  | 204  | 206  | 183  | 2.587<br>(5.466) |
| anderweitige Erledigung | 200   | 88    | 60    | 17   | 50   | 0    | 0    | 415<br>(813)     |
| Ersuchen                | 564   | 294   | 409   | 196  | 150  | 195  | 173  | 1.981<br>(4.298) |
| Stattgaben              | 344   | 188   | 260   | 137  | 97   | 111  | 67   | 1.204<br>(2.736) |
| Nichtstattgaben         | 220   | 106   | 149   | 59   | 53   | 84   | 106  | 777<br>(1.562)   |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: keine Angabe

Nichtstattgaben durch IM: höchste Ablehnungsquote des IM (39,22 %)

| Brandenburg     | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |       |
|-----------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|-------|
| Eingänge        | 73    | 51    | 43    | 42   | 21   | 16   | 12   | 258           | (532) |
| beraten         | 55    | 29    | 30    | 26   | 16   | 14   | 18   | 188           | (445) |
| Ersuchen        | 38    | 22    | 26    | 17   | 15   | 8    | 11   | 137           | (298) |
| Stattgaben      | 33    | 21    | 25    | 17   | 15   | 8    | 10   | 129           | (276) |
| Nichtstattgaben | 4     | 1     | 1     | 0    | 0    | 0    | 0    | 6             | (16)  |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 72,87%

IM erläutert HFK eine Nichtstattgabe

[illegible]

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 80,56%

| <b>Hamburg</b>       | <b>05/06</b> | <b>07/08</b> | <b>09/10</b> | <b>2011</b> | <b>2012</b> | <b>2013</b> | <b>2014</b> | <b>kumuliert (P)</b> |              |
|----------------------|--------------|--------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|----------------------|--------------|
| Eingänge             | 75           | 62           | 42           | 21          | 23          | 0           | 0           | 223                  | <i>kA</i>    |
| noch nicht behandelt | 0            | 0            | 0            | 0           | 2           | 0           | 0           | 2                    | <i>kA</i>    |
| beraten              | 75           | 62           | 42           | 19          | 23          | 0           | 0           | 221                  | <i>(536)</i> |
| Ersuchen             | 48           | 20           | 23           | 8           | 13          | 0           | 0           | 112                  | <i>(268)</i> |
| Stattgaben           | 48           | 20           | 22           | 8           | 13          | 0           | 0           | 111                  | <i>(267)</i> |
| Nichtstattgaben      | 0            | 0            | 1            | 0           | 0           | 0           | 0           | 1                    | <i>(1)</i>   |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 99,10%

| Hessen *) s. S.14      | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |
|------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|
| Eingänge               | 129   | 121   | 169   | 58   | 51   | 64   | 74   | 666 (1.266)   |
| beraten                | 63    | 49    | 123   | 47   | 26   | 47   | 42   | 397 (596)     |
| sonstige Erledigungen  | 0     | 0     | 6     | 3    | 2    | 3    | 2    | 16 (25)       |
| Ersuchen               | 36    | 28    | 84    | 38   | 21   | 41   | 38   | 286 (467)     |
| Stattgaben             | 32    | 26    | 82    | 38   | 21   | 14   | 5    | 218 (338)     |
| noch nicht entschieden | 0     | 0     | 0     | 0    | 0    | 27   | 33   | 60 (126)      |
| Nichtstattgaben        | 4     | 2     | 2     | 0    | 0    | 0    | 0    | 8 (3)         |

**(P) Personenanzahl kumuliert: Angaben erstmalig ab 2009 !**

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 61,08%

IM erläutert HFK eine Nichtstattgabe

| Mecklenburg-Vorpommern  | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |              |
|-------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|--------------|
| Eingänge                | 76    | 21    | 33    | 12   | 12   | 11   | 14   | 179           | <i>kA</i>    |
| anderweitige Erledigung | 39    | 10    | 9     | 8    | 7    | 5    | 7    | 85            | <i>kA</i>    |
| abschließend beraten    | 37    | 12    | 24    | 3    | 5    | 4    | 5    | 90            | <i>kA</i>    |
| Ersuchen                | 21    | 7     | 11    | 2    | 5    | 2    | 4    | 52            | <i>(123)</i> |
| Stattgaben              | 17    | 6     | 8     | 1    | 4    | 1    | 3    | 40            | <i>(93)</i>  |
| Nichtstattgaben         | 4     | 1     | 3     | 1    | 1    | 1    | 1    | 12            | <i>(30)</i>  |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 95,74%

[unter Berücksichtigung anderweitiger Erledigungen]

| Niedersachsen                        | 05/06 | 06-08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |       |
|--------------------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|-------|
| Eingänge                             | HFK   | 159   | 405   | 116  | 437  | 556  | 531  | 2.204         | (623) |
| anderweitige Erledigung              | erst  | 0     | 245   | 47   | 198  | 181  | 249  | 920           | kA    |
| beraten                              | ab    | 31    | 100   | 103  | 88   | 33   | 87   | 442           | kA    |
| Ersuchen                             | Aug.  | 18    | 67    | 51   | 53   | 27   | 77   | 293           | (285) |
| Stattgaben                           | 2006  | 14    | 63    | 45   | 46   | 17   | 77   | 262           | (167) |
| nicht entschieden / anderw. erledigt |       | 0     | 0     | 0    | 7    | 6    | 0    | 13            | (104) |
| Nichtstattgaben                      |       | 4     | 4     | 6    | 0    | 4    | 1    | 19            | kA    |

(P) Personenanzahl kumuliert: Angaben erstmalig ab 2010 !

2014: Zahlen lt. TB bis 31. August 2014

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 34,42%

[unter Berücksichtigung anderweitiger Erledigungen]

| Rheinland-Pfalz | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |       |
|-----------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|-------|
| Eingänge        | 116   | 34    | 21    | 21   | 21   | 33   | 27   | 273           | (840) |
| beraten         | 101   | 32    | 21    | 20   | 15   | 29   | 21   | 239           | (772) |
| Zurückstellung  | 0     | 0     | 0     | 0    | 0    | 0    | 1    | 1             | (12)  |
| Ersuchen        | 39    | 9     | 9     | 10   | 12   | 18   | 15   | 112           | (336) |
| Stattgaben      | 39    | 9     | 9     | 10   | 12   | 18   | 15   | 112           | (336) |
| Nichtstattgaben | 0     | 0     | 0     | 0    | 0    | 0    | 0    | 0             | (0)   |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 87,55%

| Sachsen         | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |       |
|-----------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|-------|
| Eingänge        | 55    | kA    | kA    | kA   | 15   | 16   | 11   | kA            | kA    |
| beraten         | 43    | 27    | 40    | 26   | 15   | 16   | 11   | 178           | (470) |
| Ersuchen        | 28    | 21    | 32    | 21   | 15   | 13   | 11   | 141           | (377) |
| Stattgaben      | 21    | 18    | 27    | 20   | 15   | 13   | 10   | 124           | (329) |
| Nichtstattgaben | 4     | 3     | 2     | 1    | 0    | 0    | 1    | 11            | (48)  |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: keine Angabe

| Schleswig-Holstein     | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |         |
|------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|---------|
| Eingänge               | 300   | 108   | 85    | 43   | 43   | 36   | 0    | 615           | (1.384) |
| beraten                | 185   | 47    | 45    | 25   | 19   | 21   | 0    | 342           | (805)   |
| Ersuchen               | 95    | 17    | 21    | 14   | 8    | 13   | 0    | 168           | (355)   |
| Stattgaben             | 86    | 15    | 21    | 14   | 8    | 13   | 0    | 157           | (330)   |
| noch nicht entschieden | 0     | 0     | 0     | 0    | 0    | 0    | 0    | 0             | (0)     |
| Nichtstattgaben        | 9     | 2     | 0     | 0    | 0    | 0    | 0    | 11            | (25)    |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 55,61%

| Nordrhein-Westfalen                  | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |    |
|--------------------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|----|
| Eingänge                             | 1.756 | 555   | 662   | 256  | 0    | 0    | 0    | 3.229         | kA |
| sonstige Erledigungen                | 0     | 326   | 142   | 72   | 0    | 0    | 0    | 540           | kA |
| beraten                              | 1.272 | 467   | 410   | 286  | 0    | 0    | 0    | 2.435         | kA |
| Ersuchen                             | 240   | 113   | 170   | 157  | 0    | 0    | 0    | 680           | kA |
| noch nicht entschieden <sup>*)</sup> | 115   | -85   | 92    | 100  | 0    | 0    | 0    | 222           | kA |
| Stattgaben                           | 109   | 198   | 78    | 57   | 0    | 0    | 0    | 442           | kA |
| Nichtstattgaben                      | 16    | 0     | 0     | 0    | 0    | 0    | 0    | 16            | kA |

ab 2012 teilt die HFK NRW keine Zahlen und Statistiken mehr mit

\*) NRW lieferte kumulierte Jahres-Statistiken ab 2005 bis 2011 - eine Zurückverfolgung noch nicht entschiedener Fälle ist daraus nicht zu erlesen

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 90,55%

[unter Berücksichtigung anderweitiger Erledigungen]

| Saarland                | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |         |
|-------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|---------|
| Eingänge                | 216   | 88    | 35    | 7    | 7    | 15   | 16   | 384           | (1.225) |
| beraten                 | 101   | 30    | 16    | 15   | 7    | 10   | 13   | 192           | (574)   |
| Ersuchen                | 71    | 25    | 12    | 13   | 7    | 10   | 13   | 151           | (448)   |
| Stattgaben              | 38    | 25    | 6     | 10   | 5    | 9    | 9    | 102           | (297)   |
| anderweitige Erledigung | 1     | 2     | 1     | 2    | 1    | 0    | 0    | 7             | (18)    |
| Nichtstattgaben         | 5     | 1     | 5     | 1    | 1    | 0    | 3    | 16            | (46)    |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 50,00%

| Sachsen-Anhalt         | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |       |
|------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|-------|
| Eingänge               | 60    | 38    | 29    | 14   | 12   | 14   | 14   | 181           | (581) |
| beraten                | 49    | 43    | 22    | 12   | 9    | 10   | 13   | 158           | kA    |
| Ersuchen               | 17    | 14    | 13    | 7    | 7    | 7    | 9    | 74            | kA    |
| noch nicht entschieden | 0     | 0     | 0     | 0    | 0    | 1    | 3    | 4             | kA    |
| Stattgaben             | 16    | 14    | 13    | 7    | 7    | 7    | 9    | 73            | (250) |
| Nichtstattgaben        | 1     | 0     | 0     | 0    | 0    | 0    | 0    | 1             | kA    |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 87,29%

| Thüringen               | 05/06 | 07/08 | 09/10 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | kumuliert (P) |         |
|-------------------------|-------|-------|-------|------|------|------|------|---------------|---------|
| Eingänge                | 139   | 62    | 77    | 38   | 28   | 28   | 38   | 410           | (1.308) |
| beraten                 | 111   | 55    | 69    | 33   | 21   | 28   | 33   | 350           | (1.100) |
| anderweitige Erledigung | 0     | 13    | 15    | 3    | 0    | 2    | 1    | 34            | (98)    |
| Ersuchen                | 71    | 31    | 44    | 29   | 19   | 19   | 28   | 241           | kA      |
| Stattgaben              | 56    | 27    | 40    | 23   | 17   | 19   | 28   | 210           | (645)   |
| Nichtstattgaben         | 14    | 4     | 4     | 6    | 2    | 0    | 0    | 30            | kA      |

Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 93,09%

E/B = Ersuchen / Beraten = Anzahl der Ersuchen im Verhältnis zu beratenen Fällen

S/E = Stattgaben / Ersuchen = Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen

Detailgraphiken zu dieser Tabelle bzgl. der einzelnen Bundesländer S.19 - 22

| 1) Fälle in % Bundesländer | 2005/06 |         | 2007/08 |         | 2009/10 |         | 2011    |         | 2012    |         | 2013    |         | 2014    |         | Kumuliert |         |
|----------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|---------|
|                            | E/B     | S/E     | E/B     | S/E     | E/B     | S/E     | E/B     | S/E     | E/B     | S/E     | E/B     | S/E     | E/B     | S/E     | E/B       | S/E     |
| <b>Baden-Württemberg</b>   | 39,94%  | 91,32%  | 40,78%  | 89,16%  | 55,40%  | 94,81%  | 57,14%  | 100,00% | 66,67%  | 100,00% | 44,76%  | 100,00% | 35,14%  | 98,04%  | 43,61%    | 93,83%  |
| <b>Bayern</b>              | 0,00%   | 0,00%   | 89,47%  | 100,00% | 86,96%  | 100,00% | 82,69%  | 100,00% | 88,41%  | 100,00% | 75,00%  | 100,00% | 87,65%  | 100,00% | 85,11%    | 100,00% |
| <b>Berlin</b>              | 89,10%  | 60,99%  | 85,71%  | 63,95%  | 92,33%  | 63,57%  | 93,33%  | 69,90%  | 97,40%  | 64,67%  | 94,66%  | 56,92%  | 94,54%  | 38,73%  | 91,21%    | 60,78%  |
| <b>Brandenburg</b>         | 69,09%  | 86,84%  | 75,86%  | 95,45%  | 86,67%  | 96,15%  | 65,38%  | 100,00% | 93,75%  | 100,00% | 57,14%  | 100,00% | 61,11%  | 90,91%  | 72,87%    | 94,16%  |
| <b>Bremen</b>              | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 77,78%  | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 100,00% | 92,00%    | 100,00% |
| <b>Hamburg</b>             | 64,00%  | 100,00% | 32,26%  | 100,00% | 54,76%  | 95,65%  | 42,11%  | 100,00% | 56,52%  | 100,00% |         |         |         |         | 50,68%    | 99,11%  |
| <b>Hessen *)</b>           | 57,14%  | 88,89%  | 57,14%  | 92,86%  | 71,79%  | 97,62%  | 86,36%  | 100,00% | 87,50%  | 100,00% | 93,18%  | 100,00% | 95,00%  | 100,00% | 75,07%    | 96,46%  |
| <b>Mecklenbg-Vorp.</b>     | 56,76%  | 80,95%  | 58,33%  | 85,71%  | 45,83%  | 72,73%  | 66,67%  | 50,00%  | 100,00% | 80,00%  | 50,00%  | 50,00%  | 80,00%  | 75,00%  | 57,78%    | 76,92%  |
| <b>Niedersachsen</b>       | 0,00%   | 0,00%   | 58,06%  | 77,78%  | 67,00%  | 94,03%  | 49,51%  | 88,24%  | 60,23%  | 100,00% | 81,82%  | 80,95%  | 88,51%  | 100,00% | 66,29%    | 93,57%  |
| <b>Nordrhein-Westfalen</b> | 18,87%  | 87,20%  | 24,20%  | 100,00% | 41,46%  | 100,00% | 54,90%  | 100,00% |         |         |         |         |         |         | 27,93%    | 96,51%  |
| <b>Rheinland-Pfalz</b>     | 38,61%  | 100,00% | 28,13%  | 100,00% | 42,86%  | 100,00% | 50,00%  | 100,00% | 80,00%  | 100,00% | 62,07%  | 100,00% | 75,00%  | 100,00% | 47,06%    | 100,00% |
| <b>Saarland</b>            | 70,30%  | 54,29%  | 83,33%  | 108,70% | 75,00%  | 54,55%  | 86,67%  | 90,91%  | 100,00% | 83,33%  | 100,00% | 90,00%  | 100,00% | 69,23%  | 78,65%    | 70,83%  |
| <b>Sachsen</b>             | 65,12%  | 75,00%  | 77,78%  | 85,71%  | 80,00%  | 84,38%  | 80,77%  | 95,24%  | 100,00% | 100,00% | 81,25%  | 100,00% | 100,00% | 90,91%  | 79,21%    | 87,94%  |
| <b>Sachsen-Anhalt</b>      | 34,69%  | 94,12%  | 32,56%  | 100,00% | 59,09%  | 100,00% | 58,33%  | 100,00% | 77,78%  | 100,00% | 77,78%  | 100,00% | 90,00%  | 100,00% | 48,05%    | 98,65%  |
| <b>Schleswig-Holstein</b>  | 51,35%  | 90,53%  | 36,17%  | 88,24%  | 46,67%  | 100,00% | 56,00%  | 100,00% | 42,11%  | 100,00% | 61,90%  | 100,00% |         |         | 49,12%    | 93,45%  |
| <b>Thüringen</b>           | 63,96%  | 78,87%  | 73,81%  | 87,10%  | 81,48%  | 90,91%  | 96,67%  | 79,31%  | 90,48%  | 89,47%  | 73,08%  | 100,00% | 87,50%  | 100,00% | 76,27%    | 87,14%  |
|                            | 51,18%  | 74,31%  | 59,60%  | 92,17%  | 66,57%  | 90,27%  | 70,41%  | 92,10%  | 77,55%  | 88,59%  | 65,79%  | 79,87%  | 68,40%  | 72,68%  | 65,06%    | 90,58%  |

Bitte beachten: NRW liefert ab 2012 keine Zahlen mehr, für Hamburg und Schleswig-Holstein fehlen Angaben (HH:2013/14; SH:2014)

\*) Die Zahlen der Hessischen HFK sind unter dem besonderen Gesichtspunkt zu sehen, als dass die Zusammensetzung dieser HFK die meisten Veränderungen im Lauf der Jahre ab 2005 im Gegensatz zu den HFK aller anderen Bundesländer erfahren hat:

2005 - 30.09.2008: HFK bestand aus 19 Landtagsabgeordneten

Gesetz 30.09.2008 - 18.12.2009: keine Abgeordneten mehr, stattdessen 10 NGO + 7 staatlich/kommunale Vertreter (insg. 17 Mitglieder)

Gesetz 14.12. 2009 - 31.12.2014: Hinzunahme von 5 LT-Abgeordneten + 10 NGO + 8 staatlich/kommunale Vertreter (insg. 23 Mitglieder)

## Detailgraphiken zu dieser Tabelle S.23

| 2a) nach Anzahl der Ersuchen im Verhältnis zu beratenen Fällen |                     |                        | 2b) nach Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen |                     |                        |
|----------------------------------------------------------------|---------------------|------------------------|----------------------------------------------------------|---------------------|------------------------|
|                                                                | 2005 - 2014         |                        |                                                          | 2005 - 2014         |                        |
|                                                                | Ersuchen<br>Beraten | Stattgaben<br>Ersuchen |                                                          | Ersuchen<br>Beraten | Stattgaben<br>Ersuchen |
| Bremen                                                         | 92,00%              | 100,00%                | Bayern                                                   | 85,11%              | 100,00%                |
| Berlin                                                         | 91,21%              | 60,78%                 | Bremen                                                   | 92,00%              | 100,00%                |
| Bayern                                                         | 85,11%              | 100,00%                | Rheinland-Pfalz                                          | 47,06%              | 100,00%                |
| Sachsen                                                        | 79,21%              | 87,94%                 | (nur bis 2012) Hamburg                                   | 50,68%              | 99,11%                 |
| Saarland                                                       | 78,65%              | 70,83%                 | Sachsen-Anhalt                                           | 48,05%              | 98,65%                 |
| Thüringen                                                      | 76,27%              | 87,14%                 | (nur bis 2011) NRW                                       | 27,93%              | 96,51%                 |
| Hessen                                                         | 75,07%              | 96,46%                 | Hessen                                                   | 75,07%              | 96,46%                 |
| Brandenburg                                                    | 72,87%              | 94,16%                 | Brandenburg                                              | 72,87%              | 94,16%                 |
| Niedersachsen                                                  | 66,29%              | 93,57%                 | Baden-Württemberg                                        | 43,61%              | 93,83%                 |
| Mecklenburg-Vorpommern                                         | 57,78%              | 76,92%                 | Niedersachsen                                            | 66,29%              | 93,57%                 |
| (nur bis 2012) Hamburg                                         | 50,68%              | 99,11%                 | (nur bis 2013) Schleswig-Holstein                        | 49,12%              | 93,45%                 |
| (nur bis 2013) Schleswig-Holstein                              | 49,12%              | 93,45%                 | Sachsen                                                  | 79,21%              | 87,94%                 |
| Sachsen-Anhalt                                                 | 48,05%              | 98,65%                 | Thüringen                                                | 76,27%              | 87,14%                 |
| Rheinland-Pfalz                                                | 47,06%              | 100,00%                | Mecklenburg-Vorpommern                                   | 57,78%              | 76,92%                 |
| Baden-Württemberg                                              | 43,61%              | 93,83%                 | Saarland                                                 | 78,65%              | 70,83%                 |
| (nur bis 2011 !!!)<br>Nordrhein-Westfalen                      | 27,93%              | 96,51%                 | Berlin                                                   | 91,21%              | 60,78%                 |
| Bundesdurchschnitt                                             | 65,06%              | 90,58%                 | Bundesdurchschnitt                                       | 65,06%              | 90,58%                 |

### ⑤ - 3) GESAMTSTATISTIK - IN % FÄLLE GEGENÜBER PERSONEN

#### kA = keine vollständigen Angaben über Personenzahl

Einige Bundesländer weisen in ihren Tätigkeitsberichten hinsichtlich einiger oder aller Faktoren (Eingaben, Beratungen, Ersuchen, Stattgaben) keine Angaben über die Anzahl der jeweils betroffenen Personen pro Fall aus.

Insbesondere bzgl. Nordrhein-Westfalen sind keinerlei Angaben diesbezüglich erhältlich.

Hessen begann in seinen Tätigkeitsberichten ab 2009 auch Angaben über betroffene Personen auszuweisen, Niedersachsen erstmals in seinem Tätigkeitsbericht 2010.

#### **Graphik zu Spalte "Fälle (Zahl) 2005-2014" auf S.24**

|                                   | Fälle (Zahl) 2005 - 2014 |              |              | Personen (Zahl) 2005 - 2014 |              |              | Ersuchen/Beraten in % |               | Stattgabe/Ersuchen in % |               |
|-----------------------------------|--------------------------|--------------|--------------|-----------------------------|--------------|--------------|-----------------------|---------------|-------------------------|---------------|
|                                   | Beraten                  | Ersuchen     | Stattgabe    | Beraten                     | Ersuchen     | Stattgabe    | Fälle                 | Personen      | Fälle                   | Personen      |
| Baden-Württemberg                 | 1.463                    | 638          | 593          | 4.528                       | 1.765        | 1.628        | 43,61%                | 38,98%        | 93,83%                  | 92,71%        |
| Bayern                            | 450                      | 383          | 382          | 840                         | 732          | 727          | 85,11%                | 87,14%        | 100,00%                 | 100,00%       |
| Berlin <sup>1)</sup>              | 2.172                    | 1.981        | 1.204        | 4.653                       | 4.298        | 2.736        | 91,21%                | 92,37%        | 60,78%                  | 63,66%        |
| Brandenburg                       | 188                      | 137          | 129          | 445                         | 298          | 276          | 72,87%                | 66,97%        | 94,16%                  | 92,62%        |
| Bremen                            | 25                       | 23           | 23           | 50                          | 48           | 48           | 92,00%                | 96,00%        | 100,00%                 | 100,00%       |
| Hamburg <sup>3)</sup>             | 221                      | 112          | 111          | 536                         | 268          | 267          | 50,68%                | 50,00%        | 99,11%                  | 99,63%        |
| Hessen <sup>2)</sup>              | 397                      | 286          | 218          | 596                         | 467          | 338          | 75,07%                | 81,79%        | 96,46%                  | 99,12%        |
| Mecklenburg-Vorpommern            | 90                       | 52           | 40           | kA                          | 123          | 93           | 57,78%                | kA            | 76,92%                  | 75,61%        |
| Niedersachsen                     | 442                      | 293          | 262          | kA                          | 285          | 167          | 66,29%                | kA            | 93,57%                  | 92,27%        |
| Nordrhein-Westfalen <sup>3)</sup> | 2.435                    | 680          | 442          | kA                          | kA           | kA           | 27,93%                | kA            | 96,51%                  | kA            |
| Rheinland-Pfalz                   | 238                      | 112          | 112          | 772                         | 336          | 336          | 47,06%                | 44,21%        | 100,00%                 | 100,00%       |
| Saarland                          | 192                      | 151          | 102          | 574                         | 448          | 297          | 78,65%                | 78,05%        | 70,83%                  | 69,07%        |
| Sachsen                           | 178                      | 141          | 124          | 470                         | 377          | 329          | 79,21%                | 80,21%        | 87,94%                  | 87,27%        |
| Sachsen-Anhalt                    | 158                      | 74           | 73           | kA                          | kA           | 250          | 48,05%                | kA            | 98,65%                  | kA            |
| Schleswig-Holstein <sup>3)</sup>  | 342                      | 168          | 157          | 805                         | 355          | 330          | 49,12%                | 44,10%        | 93,45%                  | 92,96%        |
| Thüringen                         | 350                      | 241          | 210          | 1.100                       | kA           | 645          | 76,27%                | kA            | 87,14%                  | kA            |
|                                   | <b>9.341</b>             | <b>5.472</b> | <b>4.182</b> | <b>15.430</b>               | <b>9.800</b> | <b>8.467</b> | <b>65,06%</b>         | <b>69,07%</b> | <b>90,58%</b>           | <b>89,61%</b> |

<sup>1)</sup> Berlin: Zahlen zu "Beraten" beziehen sich auf S.12 abzüglich 'anderweitiger Erledigungen

<sup>2)</sup> Hessen: Personenangaben beziehen sich auf 2009-2014

<sup>3)</sup> Zahlen nicht bis 2014 verfügbar (NRW nur bis 2011; HH bis 2012; S-H bis 2013)

## © GESAMTZAHL VON AE (STATTGABEN) - NACH § 23a AufenthG VON 2005 - 2011

**ANMERKUNG:** Diese Statistik wird nicht fortgeführt bzw. aktualisiert, da insbesondere aufgrund der fehlenden Angaben aus NRW ab 2012 Vergleiche keine besondere Aussagekraft mehr erlangen bzw. hierfür lediglich vage hochgerechnet werden könnte. Da hinsichtlich der Relation der Verteilung aber erfahrungsgemäß grundsätzlich keine wesentlichen Änderungen zu erwarten sind, verbleibt die bis 2011 geführte Statistik zwecks Vollständigkeit in dieser Synopse.

Graphik auf S.25

|                                  | 1<br>Fälle   | 2<br>Person<br>pro<br>Fall | 3<br>Personen | 4<br>Anteil pro<br>BundesL | 5<br>Personen<br>lt. BReg | 6<br>Anteil pro<br>BundesL | 7<br>KSt-Sch<br>2011 | 8<br>Quote<br>KSt-Sch zu<br>Anteil BL | 9<br>Einwohner<br>31.12.10 | 10<br>Anteil<br>Härtefälle pro<br>1 Mio. EiW |
|----------------------------------|--------------|----------------------------|---------------|----------------------------|---------------------------|----------------------------|----------------------|---------------------------------------|----------------------------|----------------------------------------------|
| Baden-Württemberg                | 445          | 3,03                       | 1.348         | 16,13%                     | 773                       | 13,57%                     | 12,815               | 125,83%                               | 10.754.000                 | 125,35                                       |
| Bayern                           | 188          | 2,32                       | 437           | 5,23%                      | 348                       | 6,11%                      | 15,193               | 34,41%                                | 12.539.000                 | 34,85                                        |
| Berlin                           | 929          | 2,44                       | 2.267         | 27,12%                     | 1.787                     | 31,38%                     | 5,038                | 538,27%                               | 3.461.000                  | 655,01                                       |
| Brandenburg                      | 96           | 2,26                       | 217           | 2,60%                      | 86                        | 1,51%                      | 3,105                | 83,62%                                | 2.503.000                  | 86,70                                        |
| Bremen                           | 19           | 2,32                       | 44            | 0,53%                      | 36                        | 0,63%                      | 0,931                | 56,52%                                | 661.000                    | 66,57                                        |
| Hamburg                          | 98           | 2,45                       | 240           | 2,87%                      | 125                       | 2,19%                      | 2,545                | 112,79%                               | 1.786.000                  | 134,38                                       |
| Hessen <sup>1</sup>              | 151          | 2,82                       | 426           | 5,09%                      | 267                       | 4,69%                      | 7,226                | 70,50%                                | 6.067.000                  | 70,19                                        |
| Mecklenburg-Vorpommern           | 32           | 2,66                       | 85            | 1,02%                      | 38                        | 0,67%                      | 2,082                | 48,83%                                | 1.642.000                  | 51,77                                        |
| Niedersachsen <sup>1</sup>       | 110          | 2,82                       | 310           | 3,71%                      | 160                       | 2,81%                      | 9,314                | 39,84%                                | 7.918.000                  | 39,18                                        |
| Nordrhein-Westfalen <sup>1</sup> | 442          | 2,82                       | 1.240         | 14,84%                     | 1.141                     | 20,04%                     | 21,442               | 69,20%                                | 17.845.000                 | 69,51                                        |
| Rheinland-Pfalz                  | 67           | 3,37                       | 226           | 2,70%                      | 163                       | 2,86%                      | 4,813                | 56,17%                                | 4.004.000                  | 56,44                                        |
| Saarland                         | 95           | 3,15                       | 299           | 3,58%                      | 177                       | 3,11%                      | 1,231                | 290,53%                               | 1.018.000                  | 293,71                                       |
| Sachsen                          | 86           | 3,07                       | 264           | 3,16%                      | 159                       | 2,79%                      | 5,169                | 61,10%                                | 4.149.000                  | 63,63                                        |
| Sachsen-Anhalt                   | 50           | 4,08                       | 204           | 2,44%                      | 87                        | 1,53%                      | 2,929                | 83,32%                                | 2.335.000                  | 87,37                                        |
| Schleswig-Holstein               | 136          | 2,12                       | 288           | 3,45%                      | 148                       | 2,60%                      | 3,372                | 102,17%                               | 2.834.000                  | 101,62                                       |
| Thüringen                        | 146          | 3,18                       | 464           | 5,55%                      | 200                       | 3,51%                      | 2,795                | 198,60%                               | 2.235.000                  | 207,61                                       |
|                                  | <b>3.090</b> | <b>2,82</b>                | <b>8.359</b>  | <b>100%</b>                | <b>5.695</b>              | <b>100%</b>                | <b>100,00</b>        |                                       | <b>81.751.000</b>          |                                              |

(zu Spalte 3 + 4) Hessen, Niedersachsen weisen in den Statistiken nur bedingt bzw. NRW keine Personenzahlen hinsichtlich Stattgaben aus (s. S.16). Die angenommene Personenzahl in diesen drei Bundesländern resultiert aus durchschnittlicher Hochrechnung der übrigen BL mit im Schnitt 2,82 Personen pro Fall. Nach dieser Hochrechnung hätten ca. 8.359 Personen insgesamt seit 2005 eine AE nach § 23a AufenthG erhalten, von denen Berlin, Baden-Württemberg und NRW alleine nach wie vor knapp 60% aufgenommen haben.

(zu Spalte 5) Lt. Antwort der Bundesregierung vom 06.02.2012 (DrS 17/8547) auf eine kleine Anfrage der LINKEN sollen zum 31.12.2011 insgesamt 5.695 Personen eine AE nach § 23a AufenthG besessen haben. Dies wäre - wie schon in den Vorjahren - ein erheblicher Unterschied zu den laut von den HFK herausgegebenen Zahlen. Diese Synopse stellt nur eine Aufaddierung der erteilten AE dar, jedoch keine Veränderungen durch Wegzug, nachträgliches Aberkennen der AE oder Umwandlung in eine NE. Hierdurch und durch den Schätzfaktor bei Personenzahl bzgl. der Bundesländer Hessen, Niedersachsen und NRW dürfte diese Differenz zu erklären sein.

(zu Spalte 7 + 8) Königssteiner Schlüssel - Quelle: <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/koenigssteiner-schluessel-2011.pdf> - Bei einem Vergleich der anteiligen Aufnahme von Härtefällen (Spalte 4) mit diesem Schlüssel ergibt sich eine Über- bzw. Unteraufnahme gemäß Tabelle 8. Hiernach haben - wie schon im Vorjahr - Berlin (gefolgt von Saarland, Thüringen und Baden-Württemberg) mit Abstand überproportional und erstmalig Bayern am meisten unterproportional (gefolgt von Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz) mit Abstand unterproportional Härtefälle aufgenommen.

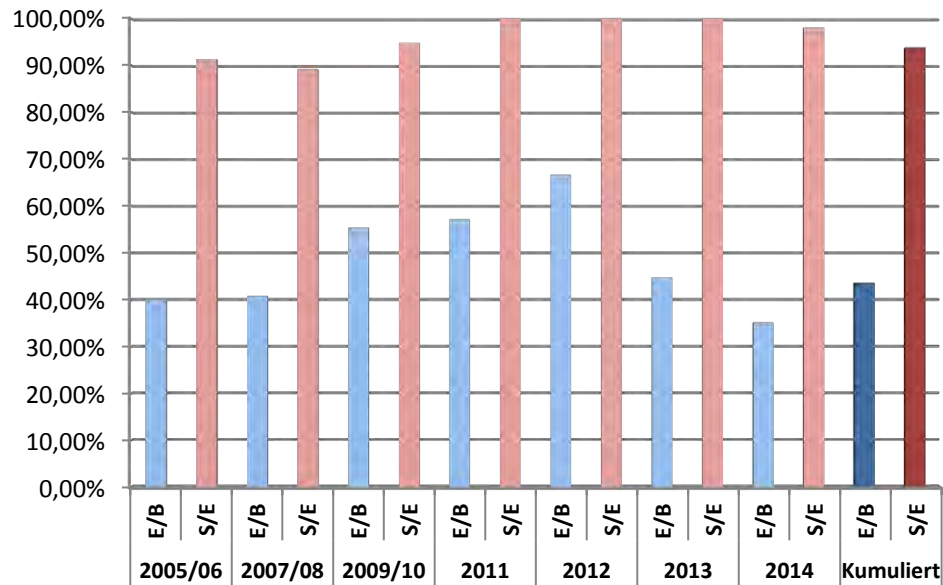
(zu Spalte 9 + 10) - Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/71085/umfrage/verteilung-der-einwohnerzahl-nach-bundeslaendern/> -- Verglichen mit der Bevölkerungsdichte eines Bundeslandes, Stand 31.12.2010, ist auch hier signifikant, dass Berlin (wieder gefolgt von Saarland, Thüringen und Hamburg) proportional die meisten, und auch erstmalig Bayern (gefolgt von Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz) die wenigsten Härtefälle aufgenommen haben. Wenn auch bei derartigen Vergleichen Verzerrungsfaktoren - wie z.B. eine etwaige großzügigere Vergabe von Aufenthaltstiteln nach anderen Vorschriften (insb. Bleiberechtsregelung) in verschiedenen Bundesländern oder höhere Ausländeranteile in Ballungsgebieten - zu berücksichtigen sind, zeigen diese Vergleichsgrößen doch eine recht deutliche Tendenz hinsichtlich des Umgangs mit Härtefällen bzw. der Aufnahmebereitschaft von Härtefällen.

## ⑦ HAUPTKUNFTSLÄNDER UND IHRE VERTEILUNG AUF DIE ERSTEN MEISTBETROFFENEN BUNDESLÄNDER - 18 -

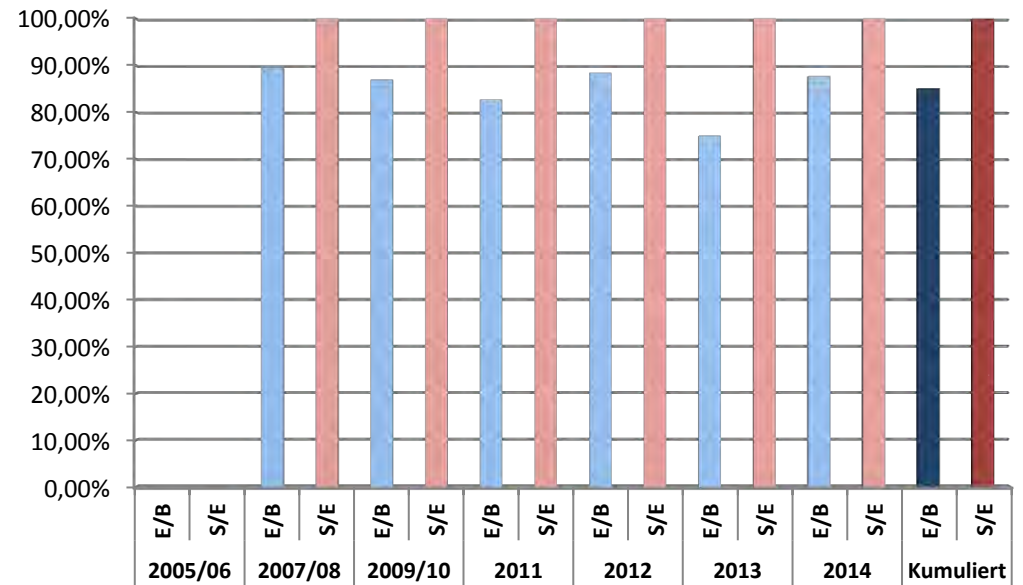
Die Angaben hinsichtlich der Hauptherkunftsländer - soweit vorhanden - basieren zumeist auf Angaben hinsichtlich der **Fall-Eingaben**; nicht auf Ersuchen oder Stattgaben. Die Zahlen können nicht vollständig wiedergegeben werden aufgrund der lückenhaften bzw. nicht deckungsgleichen Angaben in den Tätigkeitsberichten bzw. veröffentlichten Statistiken (Berlin veröffentlicht bspw. diesbezüglich keinerlei Zahlen; NRW seit 2012 auch nicht mehr; einige andere Bundesländer nur fragmentarisch; Bayern erst ab 2008, aber nur für Ersuchen; Niedersachsen erst ab 2010). Die nachstehenden Angaben können jedoch, da alle verfügbaren Zahlen ausgewertet wurden, als einigermaßen verlässliche Richtwerte dienen. Auch bis 2014 kam der überwiegende Anteil der Antragsteller\*Innen aus Serbien, bzw. Kosovo sowie Türkei.

| Herkunftsland                   | Personen      | Fälle        | Je höchste Quote in:                                       |
|---------------------------------|---------------|--------------|------------------------------------------------------------|
| Serbien, Montenegro, Kosovo     | 5.239         | 2.125        | Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg      |
| Türkei                          | 1.205         | 574          | Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg      |
| Irak                            | 528           | 176          | Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg      |
| Syrien                          | 288           | 235          | Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg      |
| Russland (incl. Tschetschenien) | 290           | 177          | Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg      |
| Libanon                         | 230           | 189          | Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg      |
| Armenien                        | 346           | 69           | Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern  |
| Bosnien-Herzegowina             | 361           | 60           | Baden-Württemberg, Niedersachsen, Brandenburg              |
| Vietnam                         | 362           | 48           | Baden-Württemberg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt             |
| Iran                            | 189           | 106          | Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern             |
| Kongo                           | 209           | 73           | Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein |
| Mazedonien                      | 248           | 54           | Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein       |
| Sri Lanka                       | 118           | 98           | Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen             |
| Afghanistan                     | 181           | 59           | Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg       |
| Pakistan                        | 268           | 7            | Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hessen              |
| Aserbaidshan                    | 141           | 44           | Niedersachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein               |
| Algerien                        | 115           | 13           | Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein              |
| Georgien                        | 61            | 18           | Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz                     |
| Nigeria                         | 63            | 14           | Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt           |
| Kamerun                         | 78            | 7            | Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen              |
| Albanien                        | 34            | 21           | Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt             |
| Äthiopien                       | 72            | 0            | Baden-Württemberg, Bayern, Hessen                          |
| China                           | 51            | 7            | Hessen, Niedersachsen, Brandenburg                         |
| Kroatien                        | 70            | 0            | Baden-Württemberg, Saar                                    |
| Jordanien                       | 35            | 7            | Hessen, Brandenburg, Bayern                                |
| Togo                            | 54            | 0            | Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern    |
| Marokko                         | 21            | 6            | Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg                   |
| Jemen                           | 28            | 0            | Hessen, Brandenburg                                        |
| Kolumbien                       | 19            | 2            | Brandenburg, Bayern, Niedersachsen                         |
| Tunesien                        | 10            | 5            | Niedersachsen, Bayern, Schleswig-Holstein                  |
| Rumänien                        | 17            | 0            | Hessen, Schleswig-Holstein                                 |
| Uganda                          | 10            | 0            | Bayern, Hessen                                             |
| <b>Summe</b>                    | <b>10.941</b> | <b>4.194</b> |                                                            |

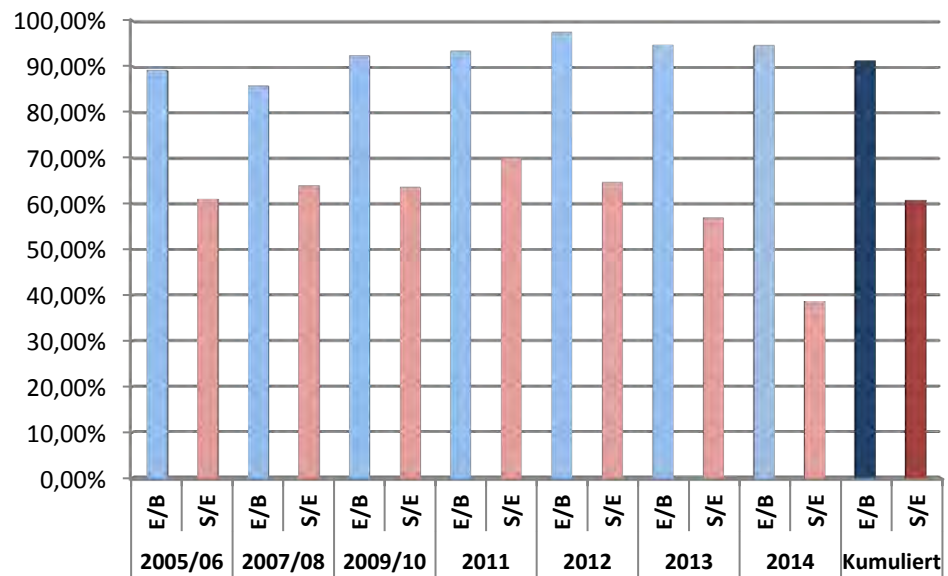
### Baden-Württemberg



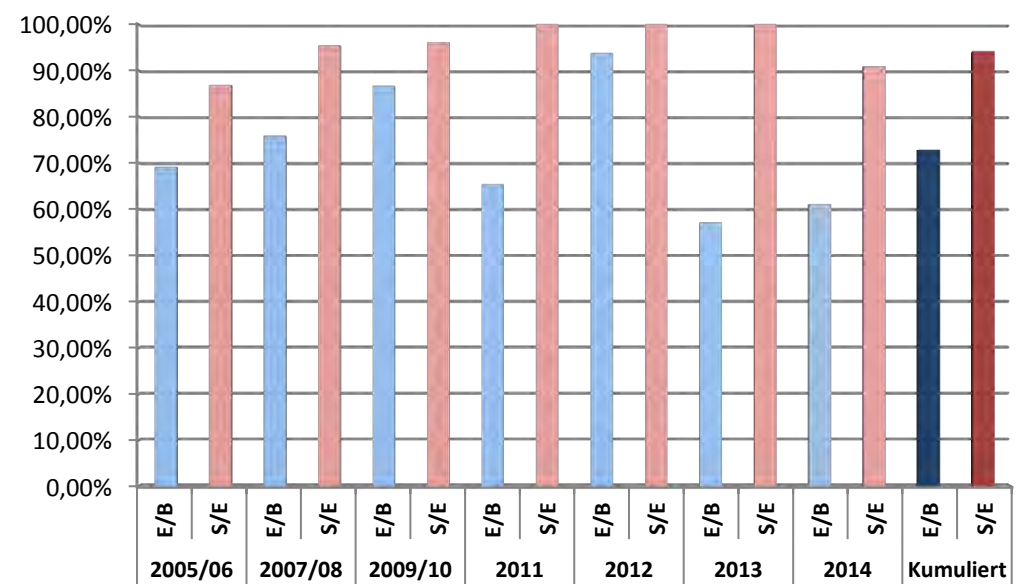
### Bayern



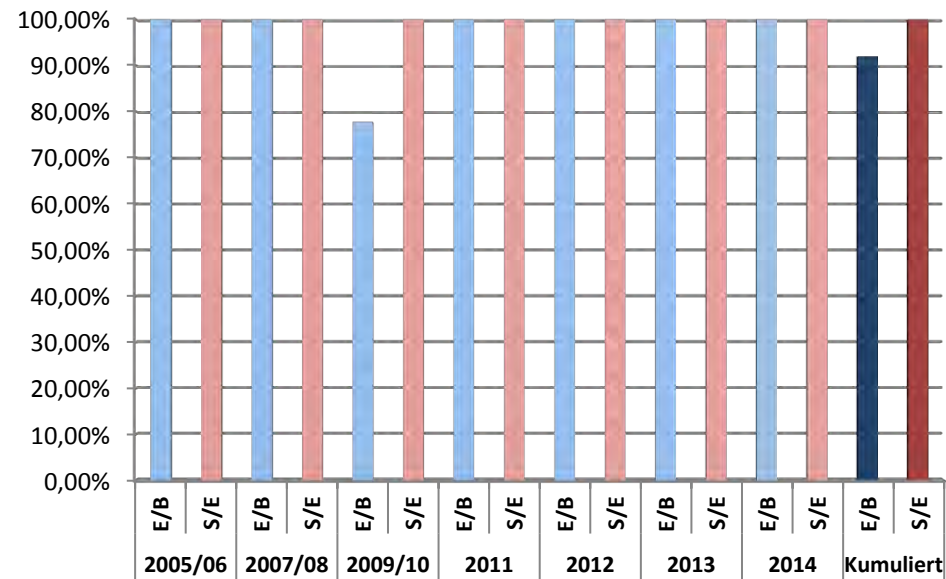
### Berlin



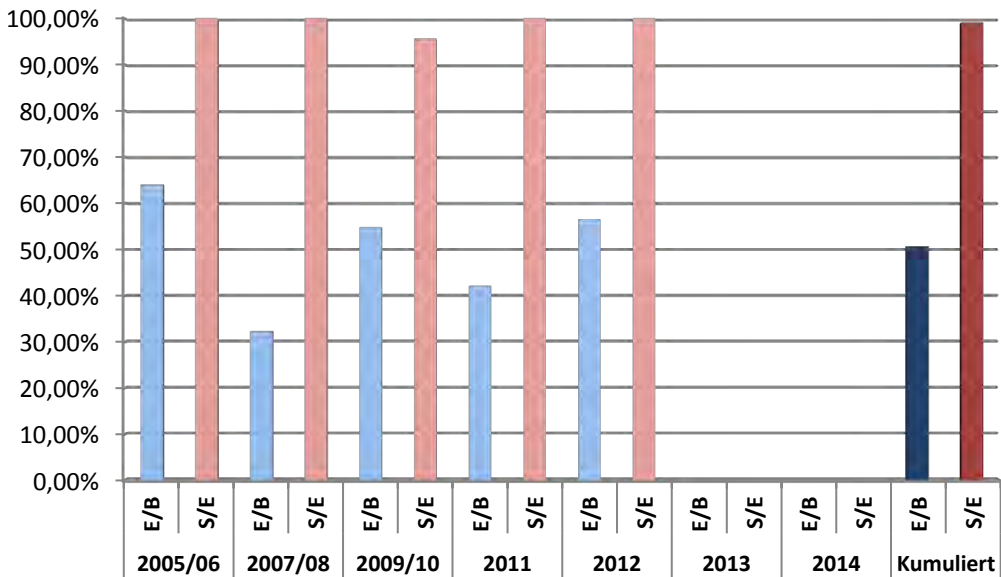
### Brandenburg



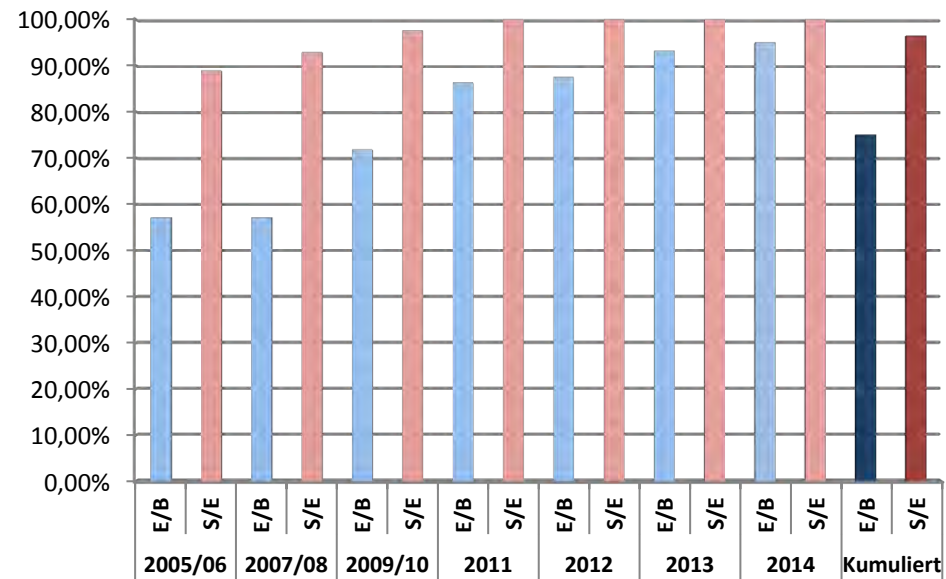
Bremen



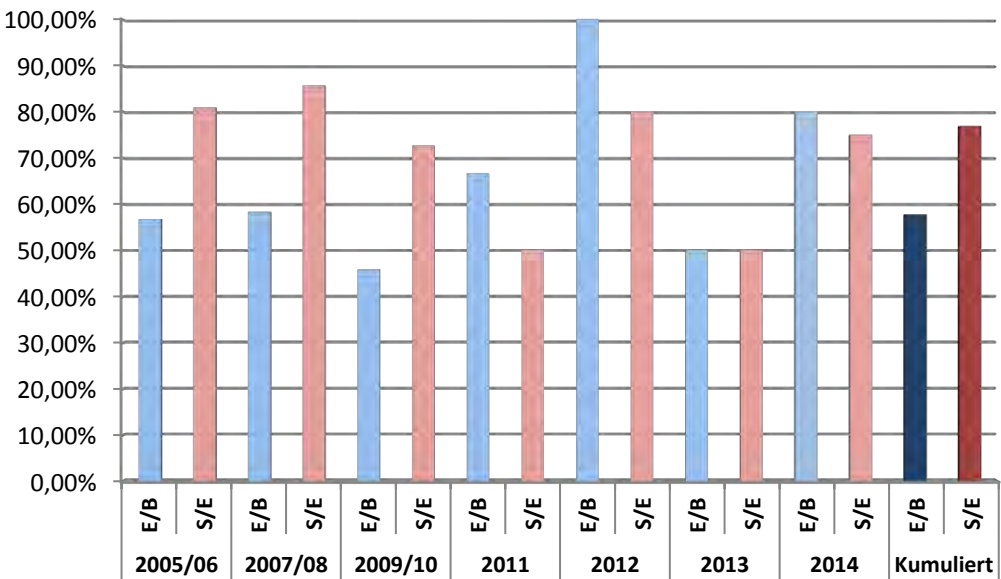
Hamburg



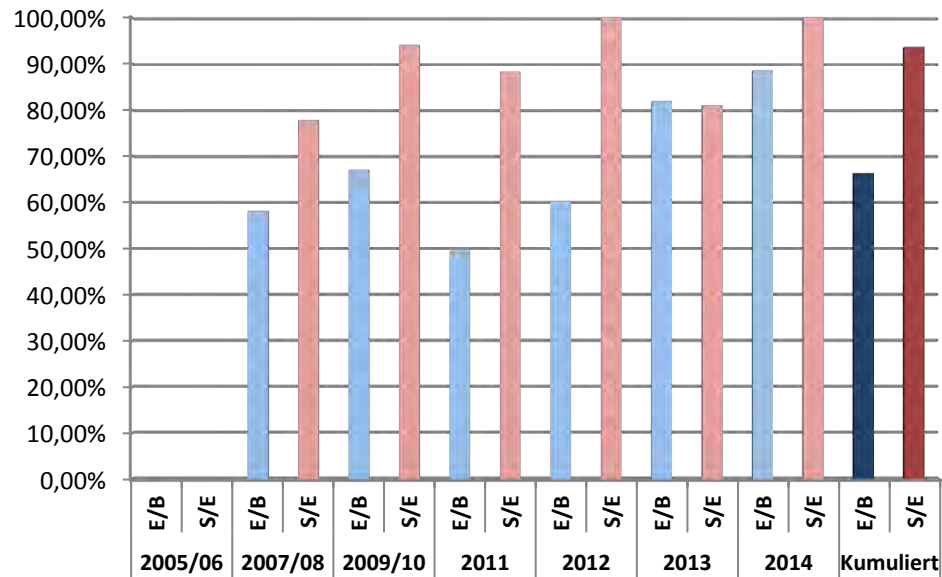
Hessen



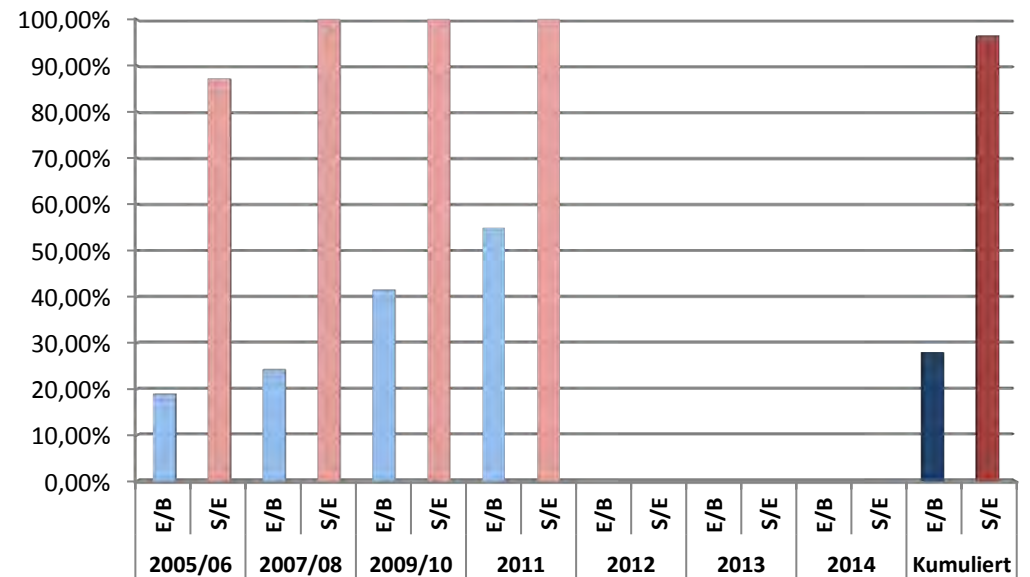
Mecklenburg-Vorpommern



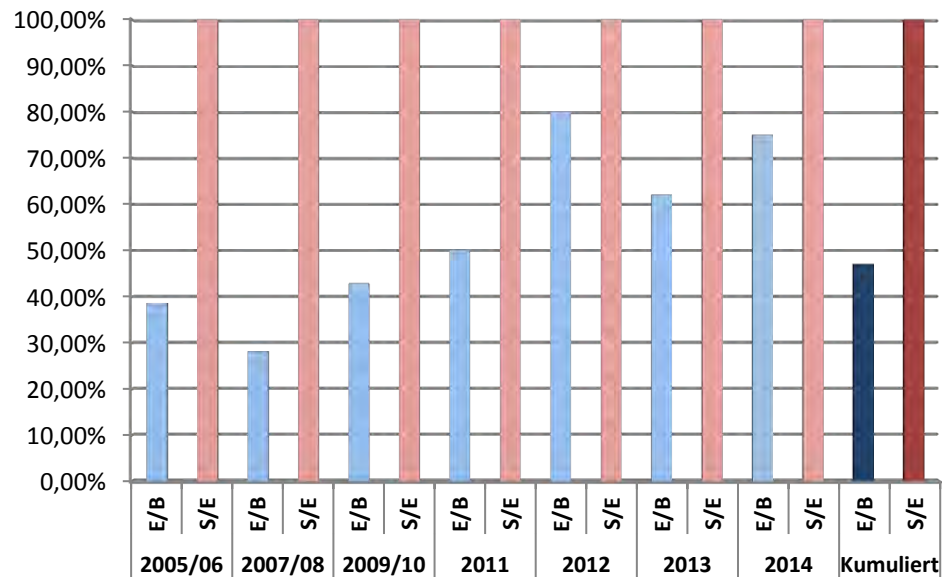
### Niedersachsen



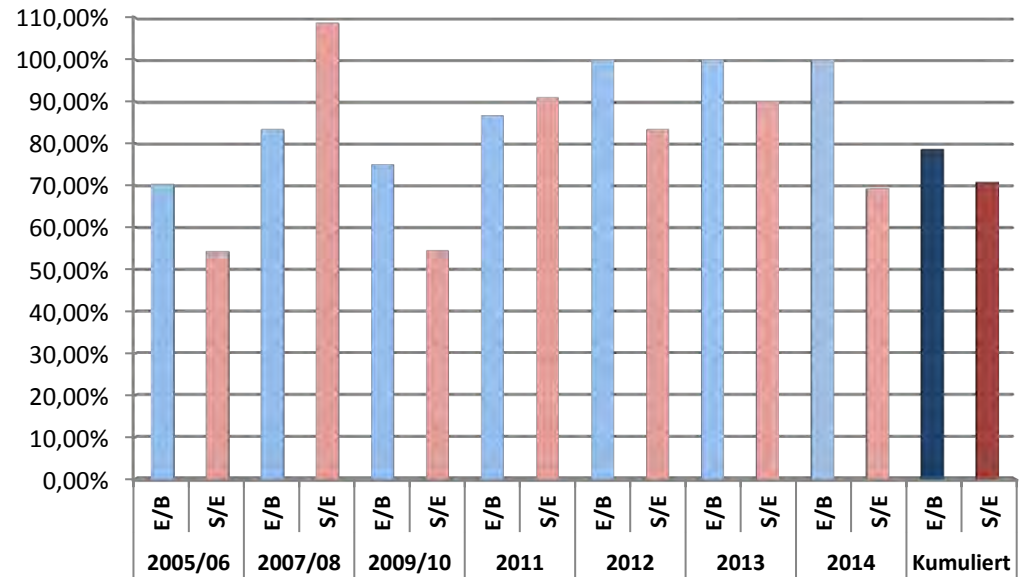
### Nordrhein-Westfalen



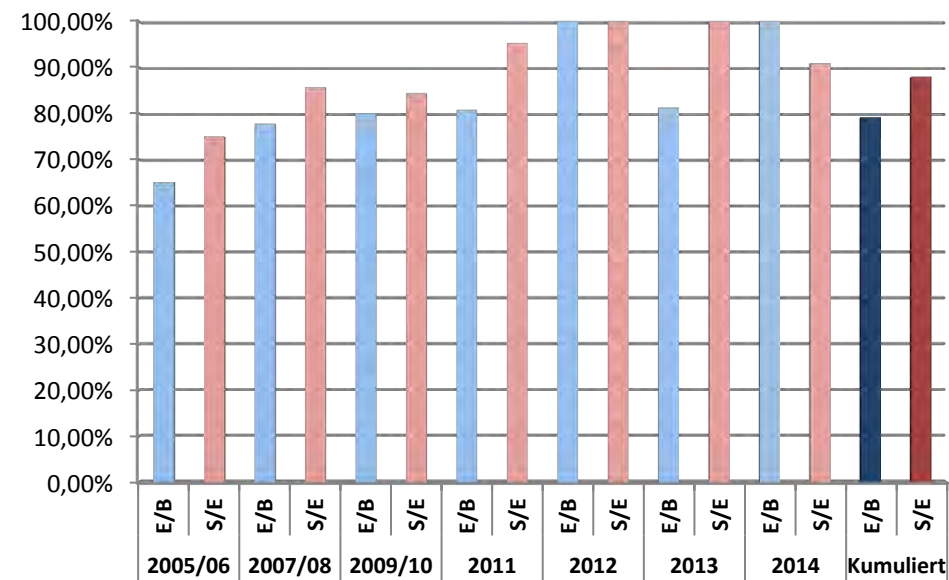
### Rheinland-Pfalz



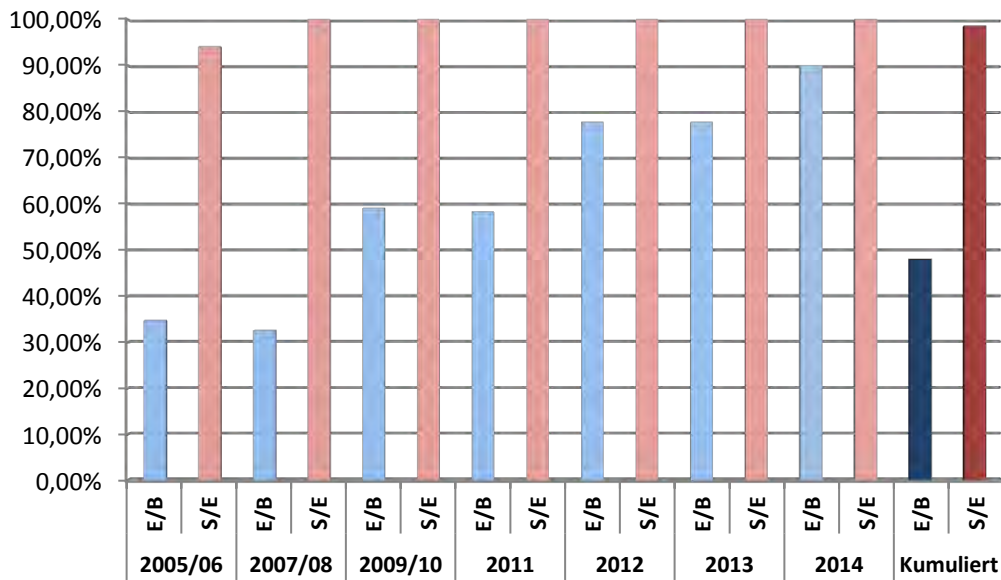
### Saarland



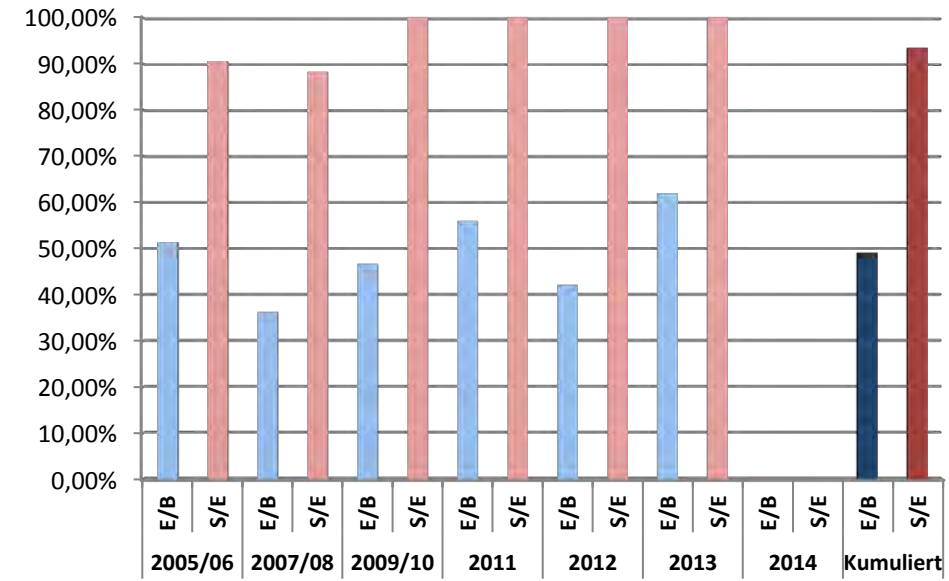
Sachsen



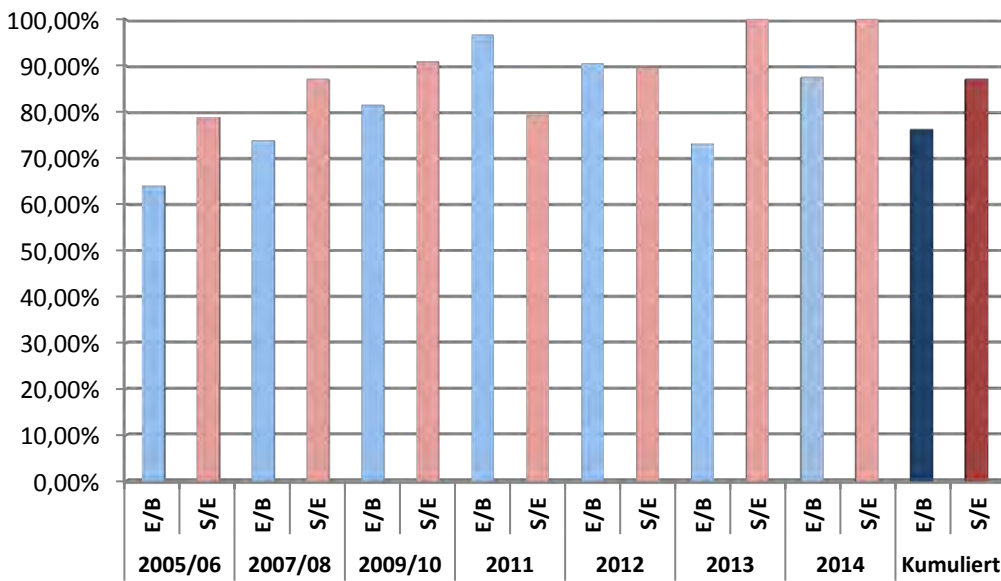
Sachsen-Anhalt

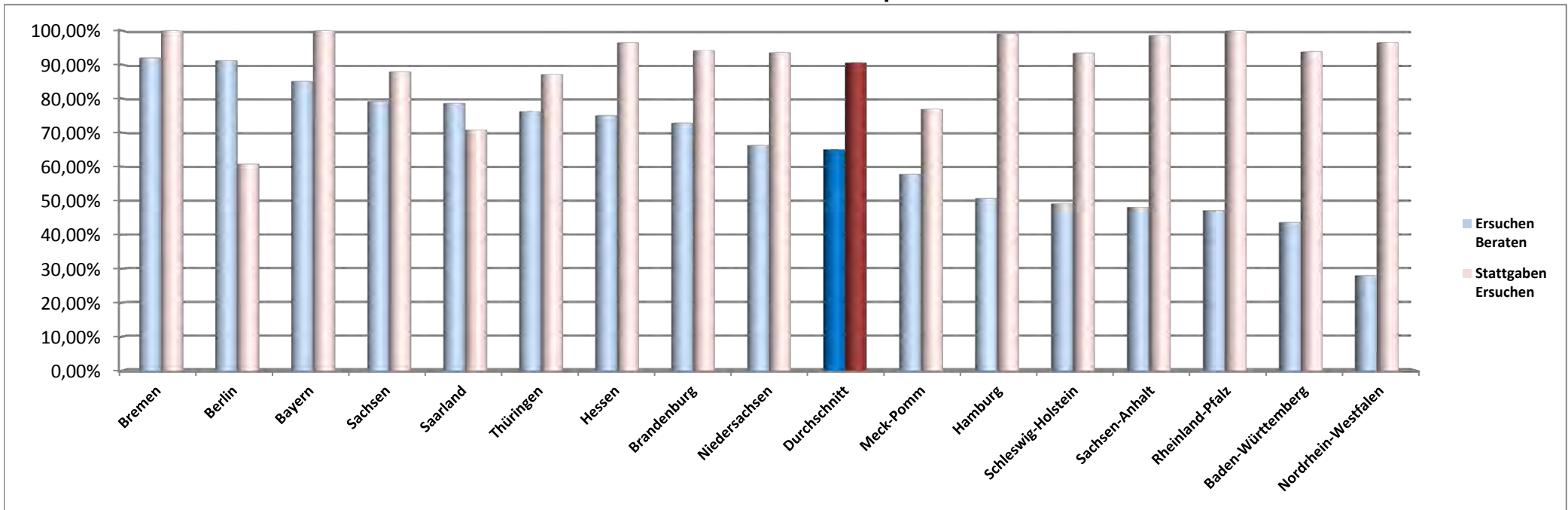


Schleswig-Holstein

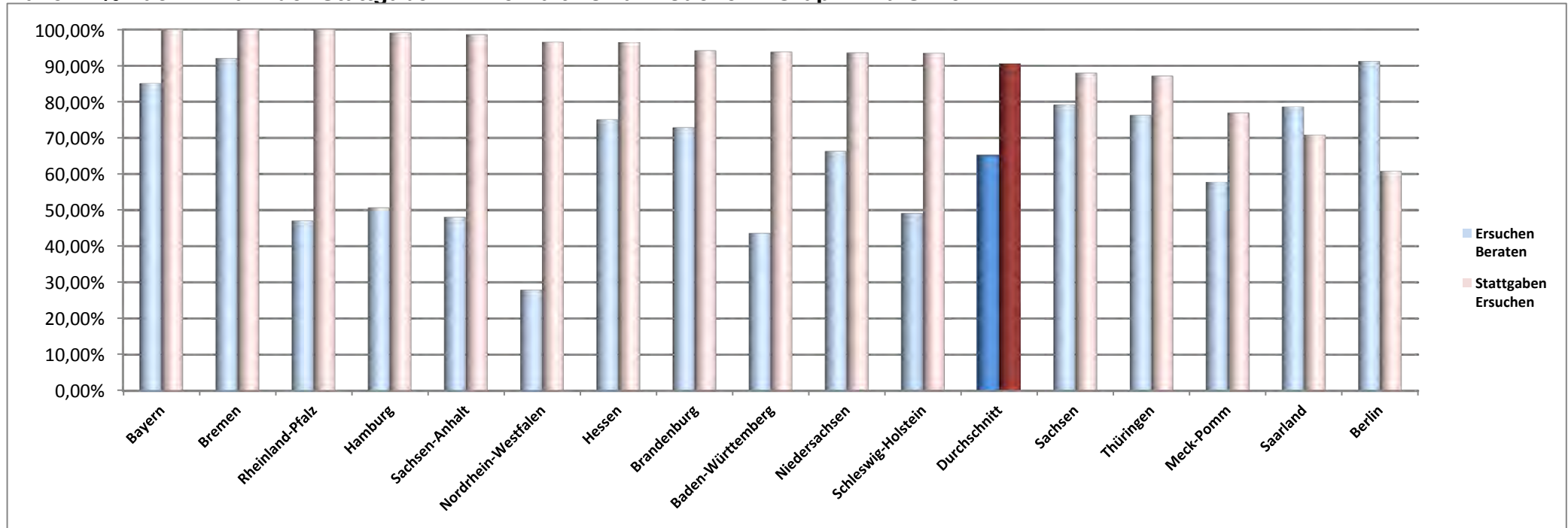


Thüringen





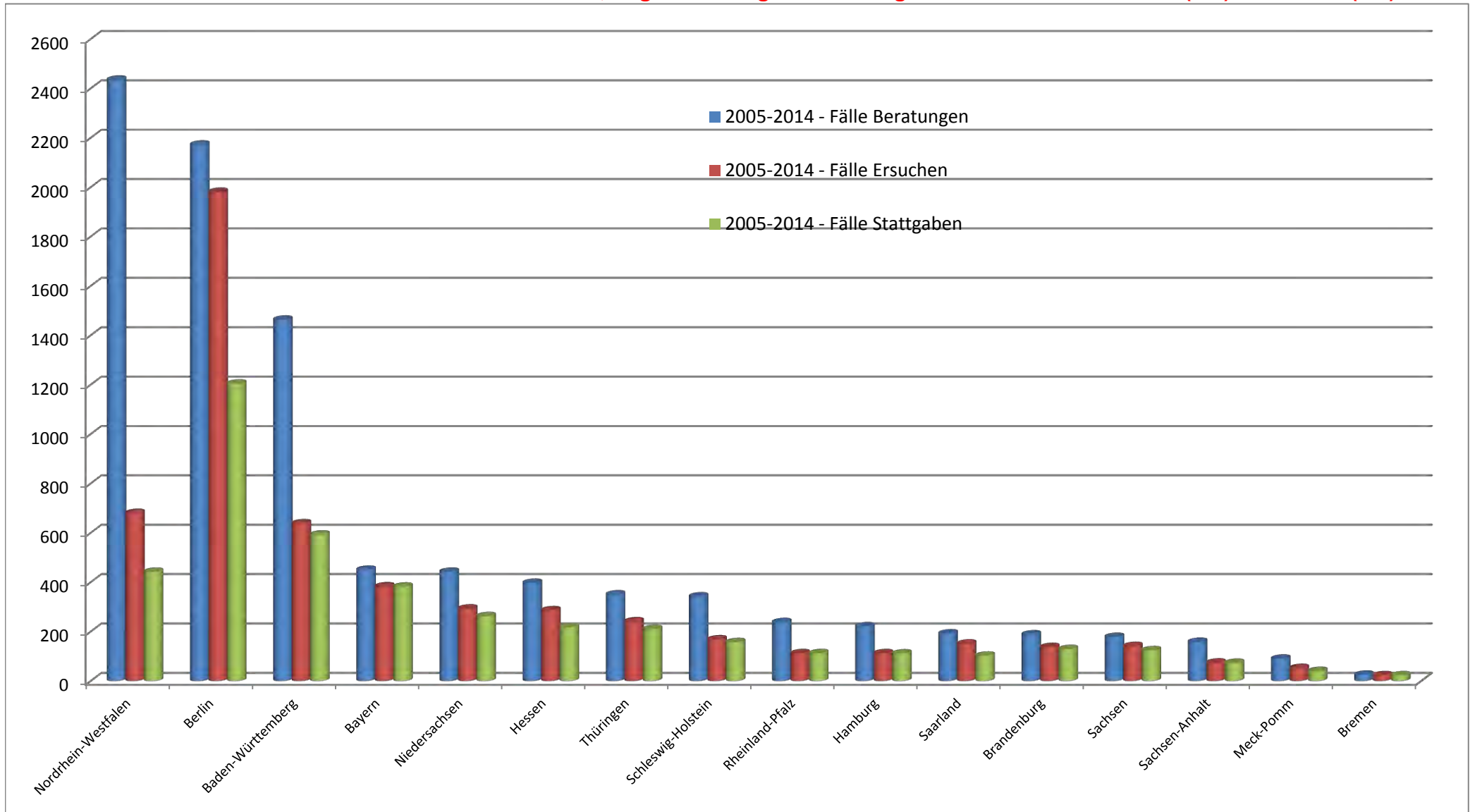
Fälle in % nach Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen - Graphik zu S. 15



## Vergleich Fälle 2005-2014 - Graphik zu S. 16

### ANMERKUNG:

bitte beachten - NRW liefert ab 2012 keine Zahlen mehr; bzgl. Hamburg + Schleswig-H. fehlen Zahlen 2013/14 (HH) bzw. 2014 (SH)



# Gesamtzahl von AE (Stattgaben) - Graphiken zu S.17

- 25 -

bitte beachten - NRW liefert ab 2012 keine Zahlen mehr; bzgl. Hamburg + Schleswig-H. fehlen Zahlen 2013/14 (HH) bzw. 2014 (SH)

